

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 25. Dezember 1897.

Inserate die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 J.  
Redaktion und Expedition:  
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Klassenkampf. — Der neueste Streich der Reaktion in Sachsen. — Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. — Feuilleton: Thier und Mensch als Kraftmaschinen. — Wie die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine die Arbeiterinteressen vertreten. — Zur Achtstundenbewegung der englischen Maschinenbauer. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die Metallarbeiter des Herzogthums Anhalt und der Provinz Sachsen. — Vermischtes. — Bitteraristisches.

## Zur Beachtung.

**Zug ist fernzuhalten:** von Feilenhauern nach Erfurt (Augustin); von der Fahrrad- und Nähmaschinenbranche nach Stettin (Bernh. Stöver u. S.); von Klempnern nach Braunschweig (Mechanikfabrik von Runge) St., nach Wernfelskirchen (Robert Weber, Berg. Eisenblechwaarenfabrik u. S.); von Mechanikern, Optikern, Brilleneinschleifern u. S. nach München (Rosenstock); von Metall-druckern nach Kopenhagen (Alliengeellschaft Stud & Madsen); von Metallarbeitern aller Branchen nach Czestochowa i. Polenn. M., nach Wald (Rheinland) und Godesau i. Baden (Fuchsenberger & Co.), nach England St.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; A.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung.)

## Klassenkampf.

Auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete tobt der Klassenkampf und mit seiner fortwährenden Ausdehnung wächst auch seine Lebhaftigkeit und Schärfe. Hört man unsere Gegner in diesem Kampfe, so sind an seinem Dasein nur allein die Arbeiter schuld, sind sie das böse Karmickel, das angefangen hat; wären sie also ruhig und zufrieden geblieben, so würde es auch keinen Kampf, keinen Klassenkampf geben. Dieser Auffassung widerspricht nun aber alle geschichtliche Wahrheit. „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“, sagt sehr richtig und wahr Karl Marx im „kommunistischen Manifest“ und er erläutert dies weiter: „Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrückter und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zu einander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedes Mal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen. . . Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassegegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt. Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassegegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“

Nach der geschichtlichen Auffassung des Klassenkampfes sind weder die Arbeiter noch die Kapitalisten daran schuld, ist er das Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung, ist der heutige Kampf die Folge früherer Kämpfe und wie diese in den verschiedenen Zeiten ausgefochten werden mußten, so läßt sich auch der Kampf unserer Tage weder hinwegwünschen noch hinwegbetreten, sondern er muß eben als „der Geschichte eh'rnes Muß“, wie Freiligrath sagt, durchgeführt werden. Uebrigens sind die Serenitäten der Kapitalisten und ihrer Handlanger über den Klassenkampf nun so komischer und widersprüchlicher, als sie bei anderer Gelegenheit den Sozialisten zum Vorwurf machen, daß in ihrer Zukunftsgesellschaft kein Kampf ums Dasein mehr stattfinden, somit Stillstand ein-

treten und alle Kultur verkaufen würde, da nur durch stetige Fortschritte die Menschheit weiter entwickelt werden kann, die Fortschritte aber das Resultat von Kämpfen sind. In der That wäre ein Leben ohne Streben und ohne Kampf für die Einzelnen wie für die Völker das Ende aller Kultur, aber nicht bloß in der Zukunft, sondern auch in der Gegenwart. Glücklicher Weise wird es immer Unzufriedenheit, immer Wünsche geben, werden sich die Menschen immer weitere Ziele stecken und nach ihrer Erreichung streben, d. h. zur Ueberwindung der entgegenstehenden Hindernisse kämpfen. Was sich im Laufe der Geschichte geändert hat und weiter ändern wird, das ist die Form des Kampfes. Gefängnis für Streikende, schwarze Listen mit Aushungerung für ausständige und sozialdemokratisch gesinnte oder anders denkende Arbeiter wird es in der Zukunft gewiß nicht geben. Da es aber heute noch diese wahrhaft barbarischen Mittel gibt, welche die Kapitalisten im Kampfe gegen die Arbeiter anwenden, so sind sie es, die sich mit vollem Recht über den gegenwärtigen Klassenkampf beklagen können. Aber auch nur diese unmenschliche Form des Klassenkampfes verurtheilen wir, nicht den letzteren selbst, den wir im Gegentheil als die motorische Kraft für die Erzeugung des Fortschrittes in der heutigen Gesellschaft für unentbehrlich halten.

Aber selbst bürgerliche Gelehrte betrachten den Klassenkampf sehr vorurtheilsfrei und objektiv. So sagt der Breslauer Universitätsprofessor Dr. Sombart, daß für ihn der Begriff des Klassenkampfes ganz und gar nichts Schreckliches hat, im Gegentheil. „Ist es denn wirklich wahr, daß, wenn der Kampf auch in der Gesellschaft herrscht, man ein für allemal die Hoffnung auf eine weitere, gedeihliche Entwicklung der Menschheit aufzugeben habe, daß alle Kultur, alle edlen Güter des Menschengeschlechts durch jenen Kampf gefährdet seien? Zunächst verschende man die Wahnvorstellung, als ob „Klassenkampf“ gleichbedeutend wäre mit Bürgerkrieg, mit Petroleum, Dynamit, Stilet und Barrikaden. Die Formen des Klassenkampfes sind mannigfache. Jeder Gewerksverein, jede sozialdemokratische Wahl, jeder Streik ist eine Erscheinungsform dieses Kampfes. Und da scheint mir doch, als ob ein solches Sichmessen, ein solches Gegeneinanderprallen der verschiedenen Interessen und Meinungen nicht nur nichts Kulturfeindliches habe, sondern im Gegentheil Quelle vieler trefflicher Erscheinungen sei. . . Nur im Kampfe erschließen sich die schönsten Blüten menschlichen Daseins. Der Kampf allein ist es, der immer breitere Schichten des Volkes zum Menschthum emporhebt. Alles, was an Kultur jetzt in die Massen dringt, dringt durch den Kampf in sie; daß sie aus eigener Kraft sich emporringen, daß sie Schritt für Schritt ihr Recht erkämpfen müssen, nur das allein gibt Gewähr, daß die Eigenschaften entwickelt werden zu neuen, höheren Formen der Kultur. Der Kampf allein, der der Nationen, wie der Klassen, bildet Charaktere, weckt Begeisterung. Lassen Sie mich Sie an ein schönes Wort des alten Kant erinnern, das denselben Gedanken ausspricht: „Dank sei der Natur für die Unverträglichkeit, für die mißgünstig wetteifernde Eitelkeit, für die nicht zu befriedigende Begierde zum Haben oder auch zum Herrschen! Ohne sie würden alle vortrefflichen Naturanlagen in der Menschheit ewig unentwickelt schlummern. Der Mensch will Eintracht, aber die Natur weiß besser, was für seine Gattung gut ist; sie will Zwietracht.“ Nun denn also, warum verzagen, wenn wir sehen, daß auch im sozialen Leben Kampf die Lösung ist? Mir scheint kein Grund zum Verzweifeln zu sein. Ich freue mich dieses Entschoides, den die Weltgeschichte getroffen hat, es ist eine fröhliche Lebensanschauung, die den Kampf zum Mittelpunkt des Daseins macht.“

Nun also! Die Abschaffung des Klassenkampfes, die Ruhe, welche die Kapitalisten wollen, sind gleichbedeutend mit dem Ende der Entwicklung, mit dem Abschluß und Verfall der Kultur. Aber wollen denn unsere Gegner auch wirklich die Abschaffung des Klassenkampfes? Wir bestreiten das entschieden. Was sie in That und Wahrheit wollen, ist die völlige Entwaffnung und Wehrlosmachung, die Knebelung der Arbeiterklasse, um bei den Angriffen auf sie keinem Widerstande zu begegnen, um sie jeder Zeit nach Bedürfnis und Laune bergewaltigen zu können. Gibt es hierfür einen trefflicheren Beweis als das Sozialistengesetz mit dem unter seinem Schutze ausgeführten Raubzug der Schutzpölnen auf die Taschen des arbeitenden Volkes? Die Willkür der Unternehmer in den Fabriken, Werkstätten und anderen Unternehmungen aller Art, inklusive der Landwirtschaft gegenüber den Arbeitern war nie ärger, die Arbeitsverhältnisse in den letzten 20 Jahren waren nie gedrückter und schlimmer, als in den Zeiten des Sozialistengesetzes, da die Arbeiter völlig entwaffnet und wehrlos waren, da jeder, der sich den Willkürmaßnahmen der Unternehmer widersetzte, als geächteter Sozialdemokrat erklärt, eingesperrt, ausgewiesen und von Ort zu Ort verfolgt wurde seitens der Behörden wie der Unternehmer. Wer waren aber die Urheber und Macher des Sozialistengesetzes, dieses schändlichsten Auswuchses des Klassenkampfes? Es waren nicht die Arbeiter, sondern unsere Gegner, welche die wirtschaftliche und politische Macht besitzen und mißbrauchen.

Wer hat nach dem Fall des Sozialistengesetzes den Kampf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, gegen das Vereins- und Versammlungsrecht, gegen die Pressfreiheit, gegen das allgemeine Wahlrecht mit vergifteten und perfiden Waffen fortgeführt? Es waren unsere Gegner, die Großkapitalisten und Junker in herzlichster Eintracht. So verstehen sie die Abschaffung des Klassenkampfes: Für sich die Erhaltung und Vermehrung aller Rechte und Privilegien, für die Arbeiter die Rechtlosigkeit und Unterdrückung; für sich immer größeren Reichthum, immer mehr Macht und Glanz, für die Arbeiter immer mehr Noth, Elend und Verjüngung. Der energielose, widerstandsunfähige Arbeiter, wie er noch in weltabgeschiedenen Gegenden in Industrie und Landwirtschaft heerdenweise vorkommt, der ohne Murren seine 14—16 Stunden täglich arbeitet und sich mit Erdäpfeln und Zichorienbrühe begnügt, der in elenden, feuchten und dunkeln Löchern ohne Holzdielen wohnt und siecht, der keinen Verein kennt mit erhebenden Zielen, der am Wahltage den Zettel in die Urne legt, den ihm sein Herr gegeben und der diesen als seinen edlen Wohlthäter und Brodgeber wie ein höheres Wesen verehrt — dieser niedrigst stehende, sozusagen von aller menschlichen Kultur ausgeschlossene Arbeiter ist das Ideal unserer Gegner für die gesammte Arbeiterklasse, und um dieses Ideal zu erreichen, wollen sie nicht ihren Klassenkampf, sondern den Klassenkampf der Arbeiter abschaffen.

Sie wollen Ruhe haben und ihre durch „eigene Thatkraft, Genie, Umsicht und Sparsamkeit“ erworbenen Reichthümer mit ungestörter Behaglichkeit genießen. Darum, hinaus mit den Sozialdemokraten aus dem Reichstage, aus dem Landtage und den Gemeindevertretungen, darum hinweg mit den Arbeitervereinen und der Arbeiterpresse, darum ein Ende mit allen Lohn- und Streikbewegungen.

Die letzteren, seit 1895, da die beispiellose wirtschaftliche Prosperität mit ihren ungezählten Millionen gewinnen eingetreten, etwas lebhafter gestaltet, denn auch die Arbeiter wollten einen Antheil an dem blühenden Aufschwung, haben es den Kapitalisten besonders angethan. Schon anlässlich des Hamburger Hafenarbeiterstreiks haben sie den Arbeiter

manen gesucht, sodann in Bielefeld und daneben wurden die Behörden: Bundesrath, Reichskanzler, Justizminister und Minister des Innern durch Eingaben von den Unternehmern bestürmt, dem „Klassenkampf“ in ihrem Sinne ein Ende zu machen. Die von juristischen Handlangern des Selbstzwecks verfaßten Eingaben strotzen von Verstandlosigkeiten für die einfachsten sozialen und wirtschaftlichen Dinge, von Verdrehungen, Entstellungen und Verfälschungen. Es ist nach unserer Meinung sehr wünschenswert, daß jede derartige kapitalistische Eingabe an irgend eine Behörde von der organisierten Arbeiterschaft beantwortet und beleuchtet wird durch eine Gegeneingabe, die so dann in der Arbeiterpresse zu veröffentlichen ist.

Aber alle gegen die Arbeiter unternommenen Schritte und durch Maßregelungen, Verfolgungen und Verurtheilungen erzielten Erfolge haben die Unternehmer nicht zu befriedigen vermocht. Berücksichtigt man, daß das Ziel der Unternehmer ist, die Arbeiter gleichsam geknebelt vor sich auf dem Boden zu haben, so begreift man leicht, daß sie noch immer nicht befriedigt sein können. Denn noch immer ist die Arbeiterschaft nicht entwaffnet und nicht müde gemacht, noch immer tritt sie mit neuen Begehrlichkeiten in Gestalt von Lohn- und Streikbewegungen auf und es ist daher immer noch nicht diejenige Ruhe hergestellt, welcher der Unternehmer bedarf, um seine Gewinne ungehindert „verdienen“ und einstecken, um ungestört genießen und verbauen zu können. Und darum nun ein letztes Mittel der Selbsthilfe: eine Versicherung gegen Streiks. Die Idee ist nicht schlecht, wenn sie auch nicht mehr neu ist, und sie verdient die vollste Beachtung der Arbeiter. Wozu sie aber sich nicht eignet, das ist, die Arbeiter einzuschüchtern und zu entmuthigen. Eine kapitalistische Streikversicherung ist nur die andere Seite der gewerkschaftlichen Streikunterstützung, sie ist also eine logische Folge der letzteren. „Die Gründung einer solchen Institution wird den Arbeitgebern“, hat nach der „Soz. Praxis“ der Fabrikant und Mitgründer Weigert in einer Berliner Fabrikantenversammlung gesagt, „die sich jetzt oft unberechtigten Ansprüchen der Arbeiter fügen, um einem ruinösen Ausstände vorzubeugen, gegen verhältnißmäßig geringe Prämienzahlung die Möglichkeit geben, sich gegen die verhängnißvollen Folgen eines mit dem Arbeitsvertrage in keinem Zusammenhange stehenden Ausstandes zu schützen. Den Arbeitern aber wird, sofern sie arbeitswillig sind, die benötigte Zusage eröffnet, daß sie in Zukunft nicht so leicht durch ihr Solidariättsgefühl in Streiks wegen Nachfragen verwickelt werden und den Streikverfechtern wird Vorsicht in ihrem Thun anferlegt. Diese erzieherische Wirkung muß zur Ausgleichung der Gegensätze beitragen und dem sozialen Frieden dienen.“ Darnach richtete sich die Spitze der Streikversicherung hauptsächlich gegen jene Streiks, welche die Arbeiter aus Solidariättsgefühl mit Gemäßigten unternehmen. Das heißt, man will zunächst mit der Streikversicherung den Unternehmern mehr Freiheit und Rückhalt schaffen, alle Vertrauensmänner der organisierten Ar-

beiter, alle Arbeiter, die sich den Unternehmern gegenüber gegen Ungerechtigkeiten ein freies Wort erlauben und die daher als „Rädelsführer, Heher und Wühler“ gelten, hinauswerfen; man will damit ein Schreckensregiment gegen die organisierten Arbeiter auf der ganzen Linie errichten, damit die gewerkschaftliche Organisation schädigen oder gar vernichten und so jene Ruhe erreichen, die man durch Aufhebung des Klassenkampfes zu erreichen glaubt. Sodann richtet sich die Versicherung gegen jene Streiks, welche „Nachfragen“ sind, und das ist selbstverständlich in den Augen der Unternehmer jeder Streik, und somit gegen alle Streiks. So meint man die Vernichtung der Arbeitergewerkschaften erzielen zu können, während gleichzeitig Herr Weigert mit dem Brülltone der Ueberzeugung versichern kann, daß man das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht antasten wolle.

An der gesetzlichen Zulässigkeit der Streikversicherung ist nicht zu zweifeln — und wir haben bisher auch in keinem Worte eine gegentheilige Meinung vernommen — und es werden daher die Arbeiter die neue kapitalistische Einrichtung zur Stärkung der Unternehmer über sich ergehen lassen müssen. Aber an der Grundlage des Klassenkampfes, an dem Gegensatz und dem Widerstreit der Interessen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten wird durch die Streikversicherung nichts geändert. Die Kräfte, der Hunger und das Streben nach kulturellem Emporkommen auf der einen, die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter auf der anderen Seite, welche bisher den Klassenkampf erzeugt, geschürt und entfacht haben, bleiben nach wie vor wirksam. Haben die deutschen Arbeiter unter dem Sozialistengesetz in den schlimmsten Fällen der Ausbeutung selbst ohne Organisation sich nicht geschert, zu ihrem letzten Mittel, zum Streik zu greifen; fürchten die russischen Arbeiter die Knete und die Kofaken, ja selbst Sibirien nicht und greifen zum Streik, so werden die deutschen, kampfgewohnten Arbeiter davor, wenn alle anderen Mittel vorher erschöpft sind, auch nicht zurückschrecken trotz der neuen kapitalistischen Streikversicherung.

Wir sind vollständig einverstanden und schließen damit unsere Betrachtungen, was der Berliner „Vorwärts“ über die Streikversicherung schreibt: „Die Unternehmer bemühen sich ohne Unterlaß, die Arbeiterorganisationen in ihrem Eifer und Zusammenhalt zu überflügeln. Es muß das aber den Erfolg vor allem haben, daß die Arbeiter und ihre Organisationen ihren Werbeeifer, die Klugheit ihrer Taktik und die Anpöpfungsfähigkeit bez. Leistungen jeder Art für ihre Gewerkschaften aufs äußerste aufspannen.“

### Der neueste Streik der Reaktion in Sachsen.

Noch ist der Ingrimm des sächsischen Volkes über die Vernichtung seines Wahlrechts nicht verblaßt, da schickt sich die Reaktion schon wieder zu einem neuen schweren Schlag gegen das Volk an. Die konservative Mehrheit des Landtages hat nach preussischem Muster Linie aus den noch unerlöschten Quellen der Sternwelt hervor.

Aber nicht nur durch die Nahrung, auch direkt nimmt die Sonne an dem Aufbau unseres Leibes wie an der Zerstörung, die wir Leben nennen, theil: sie wärmt und belichtet uns. Wärme und Lichtstrahlen sind nach einer neueren Hypothese Aetherwellen. Nun gibt es auch andere Strahlen, welche unsere Sinne nicht wahrnehmen, zum Beispiel elektro-magnetische. Nichts hindert die Annahme, daß die Sonne auch mit diesen anderen Strahlenwellen auf uns einwirkt. Vielleicht trägt die animalische Maschine aus dem umwobenden Aether einen Theil ihrer Energie, also in einer Form, welche dem kritischen Auge des Forschers bis heute entgangen sein kann.

Doch halten wir uns an das Bekannte, Meßbare. Wir kennen die Brennstoffe, welche die thierische Maschine beleben. Durch Wägen der Verbrennungsprodukte kann der Forscher das Maß der Arbeit feststellen und damit das Problem, das unlösbar schien, lösen. Nehmen wir nun die von den Lungen ausgeathmete Kohlensäure und berechnen die Verbrennungsgröße zwischen Menschen, die stille stehen oder gehen oder laufen; sie verhalten sich wie 6 zu 20 zu 25 bis 30. Die menschliche Maschine verbrennt somit bei sehr raschem Lauf vier- bis fünf Mal mehr Kohle als im Ruhezustande. \*)

Darnach sind es die chemischen Äquivalenzen der umgekehrten Stoffe, welche einzig und allein eine Mei-

\*) Wir folgen in diesem Artikel einer vielbeachteten und sehr geschätzten Arbeit des amerikanischen Professors und Ingenieurs Thurston.

den Antrag der Regierung auf Aufhebung des Verbindungsverbotes benutzt, um dem schon an sich reaktionären Vereins- und Versammlungsgesetz ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie anzuhängen. Durch ihren Redner haben die Konservativen erklären lassen, der Regierungsvorlage nur dann zustimmen zu können, wenn verschärfende Bestimmungen des Inhalts in das Vereinsgesetz aufgenommen werden, wonach minderjährigen Personen der Besuch von politischen Versammlungen überhaupt untersagt und Frauen der Besuch solcher Versammlungen verboten wird, die sozialistische und anarchoistische Zwecke verfolgen; des Weiteren soll der kautschukartige § 5 des Vereinsgesetzes, der heute schon den Polizeibehörden die Möglichkeit gibt, jede sozialdemokratische Versammlung zu verbieten, durch eine „präzisere Fassung“ des Begriffes „unfittliche Handlung“ schärfer gefaßt werden.

Die Reaktion kennt in ihrer Herrschsucht keine Rücksichtnahme auf die Interessen und die Rechte des arbeitenden Volkes.

Was hat das arbeitende Volk zu gewärtigen, wenn die reaktionären Vorschläge Gesetz werden? Die beste Antwort gibt uns ein Blick auf die Verfolgungen, die die organisierte Arbeiterschaft in Bayern unter einem Vereinsgesetz zu erdulden hatte, das ähnliche Bestimmungen enthielt, wie sie die sächsischen Konservativen unserem Vereinsgesetz einfügen wollen.

In Bayern besteht ebenso wie bei uns das Verbindungsverbot, das von der Partei früher, als sich das ganze politische Leben noch in den Vereinen abspielte, als außerordentlich lästig empfunden wurde. Heute sind es aber nicht mehr die Vereine, sondern die Parteien, in denen das politische Leben sich abspielt. Namentlich der Sozialdemokratie gegenüber wurde darauf gesehen, daß sie keine Verbindungen einging. Die Anwendung dieses Verbotes aber hat sich als besonders ungerecht und schädlich für die Gewerkschaften erwiesen. Obgleich sich das Verbot nur auf politische Vereine bezog, hat man doch die Gewerkschaften gehindert, Frauen und Minderjährige aufzunehmen und Zahlstellen zu gründen. Das bayerische Gesetz verbietet nur die Theilnahme von Frauen an politischen Vereinen. Aber die Polizei hat dieses Verbot auch auf politische Versammlungen ausgedehnt und die Rechtsprechung hat der Polizei beigegeben. Dadurch war für die Frauen und Minderjährigen das Koalitionsrecht vollständig in Frage gestellt und auch die politische Betätigung der Frauen unmöglich gemacht. Namentlich in Franken und speziell in Nürnberg wurde in dieser Beziehung sehr rigoros verfahren und die Folge waren vielfache Beschwerden der Sozialdemokraten im Landtage, die aber immer verschleppt wurden und nie zur prinzipiellen Erledigung kamen. Um diesen Beschwerden für immer einen Niegel vorzuschieben, beantragte das Centrum in der Session von 1894/95, das Vereinsgesetz dahin zu ändern, daß Frauen und Minderjährige nicht nur aus Vereinen, sondern überhaupt auch aus Versammlungen ausgeschlossen sein sollten, genau so wie heute die Jung und auch nur eine ungefähre von der im Druckapparat sich entwickelnden Arbeit gestatten.

Prüfen wir deshalb die kraftgebenden Eigenschaften der Nahrungsmittel.

Ein Kilo Kohle erzeugt je nach ihrer Qualität 4000—8000 Wärme-Einheiten (Calorien). Ein Kilo der in der Nahrung enthaltenen Proteinstoffe nach Thurston 3720 Wärme-Einheiten oder 1,618,200 Kilogramm-Meter Arbeit. Das Energiequantum eines Kilogramms Kornmehl beträgt dagegen nur zwei Drittel von dem eines gleichen Gewichtes Kohle, nämlich 2720 Calorien oder 1,183,200 Kilogramm-Meter. Nach Professor Woods beträgt die tägliche Nahrung eines kräftigen Arbeiters durchschnittlich 108 1/2 Gramm Proteine, 186 Gramm Fett und 434 Gramm Kohlenhydrate; das ist ungefähr die Energie, die in 2 1/2 Pfund Kornmehl enthalten ist. Proteine und Fette kommen uns im Allgemeinen reichlich aus der Fleischnahrung, die Kohlenhydrate aus den pflanzlichen Gerichten. Ein anderes ähnliches Beispiel aus dem Leben zeigt 117,8 Gramm Proteine, 155 Gramm Fett, 465 Gramm Kohlenhydrate und ergibt 3530 Calorien oder 1,535,550 Kilogramm. Stellen wir daneben, der Kuriosität wegen, die Energie-Aufnahme einiger Hausthiere. Die tägliche Futterration für Stübe beträgt annähernd 3000 Calorien oder 1,305,000 Kilogramm per 100 Pfund Körpergewicht; die der Schweine 4900 Calorien oder 2,131,500 Kilogramm.

Dr. Flint hat den Nahrungsanwand des Fußtouristen Weston während dessen fünftägigen Marsches gemessen. Hier handelt es sich um angestrengte Leistungen. Weston legte in der genannten Zeit mehr als 117,5 englische Meilen zurück mit einer mittleren

### Thier und Mensch als Kraftmaschinen.

(Schluß.)

Trotzdem hat der Forscher einen Umweg gefunden, die Aufgabe, wenn auch nur schätzungsweise, zu lösen. Wir sehen den Körper Nahrung annehmen, aus dieser seine Zellen bauen, seine Organe in Thätigkeit erhalten, seine Wärmeverluste nach außen bestreiten. Vielfach verschlingene, geheimnißvolle innere Wandlungen vollziehen sich. Endlich treten Arbeitsprodukte, Wärme, Kohlensäure, Wasserdämpfe, Salze, unbrauchbare Nahrung wieder an den Tag hervor. So halten wir nur die zwei Enden der goldenen Kette des Lebensrathfels und hier und da auch ein Zwischenglied in den Händen. Aber sie sollen uns genügen, einen Theil des Schatzes zu heben, bis es der Forschung gelingt, weiter einzubringen und über die seltsamen, unbekanntesten Prozesse, über die verborgenen materiellen Wurzeln des Daseins die Enthüllung herbeizuführen. Seine Brennstoffe erhält das Thier, gerade so wie die Dampfmaschine oder der Gasmotor, aus dem Pflanzenreich. Die organischen Kräfte der Vegetation aber stammen wiederum aus der organischen Welt der Minerale, aus den Gasen der Atmosphäre. Zur Verarbeitung der Materie nimmt das blühende Leben der Blumen und Bäume die Energie des Sonnenstrahls in seinen Dienst. Im Chlorophyll der grünen Blätter wird das erste Stadium jener Schöpfungsarbeit verrichtet, deren letzte höchste Stufe: Menschendasein, Menschenwirken, Menschendenken heißt. So imprägnirt sich der Stoff mit den mechanischen Energien der Sonne, alle physische Kraft des animalischen Apparates fließt in letzter

Mehrheit unserer sächsischen „Volksvertreter“ es verlangt.

Aber dieser ultramontane Schlag in's Gesicht der bayerischen Arbeiter wurde auch von den katholischen Arbeitern mitempfunden, die nun ebenfalls energisch gegen den Antrag agitieren. Das führte einen Umschwung in der öffentlichen Meinung herbei und blieb auch nicht ohne Wirkung auf die Volksvertreter. Die Vereinsgesetangelegenheit wurde einem Ausschuss überwiesen, in dem die liberalen Vertreter beantragten, die veralteten Bestimmungen des Vereinsgesetzes zeitgemäß zu revidieren.

So wird Bayern vielleicht in nächster Zeit von den lästigsten Bestimmungen des Vereinsgesetzes befreit werden. Aber in Sachsen ist die Reaktion heute drauf und dran, diese unhaltbaren Zustände durch Gesetz ausdrücklich einzuführen. Wie in Bayern, so wird auch bei uns das Verbot der Beteiligung von Minderjährigen und Frauen an politischen Versammlungen auf das gewerkschaftliche Leben übertragen werden. Läßt sich denn die Politik überhaupt von der Gewerkschaft trennen? Oder wo hört die Gewerkschaft auf und wo fängt die Politik an? Man denke sich nur, daß die Bewegung der Konfektionsarbeiterinnen sich in Sachsen unter solchen Bestimmungen, die die Teilnahme der Frauen und Minderjährigen an politischen Versammlungen verbieten, hätte entwickeln müssen. Die ganze Bewegung in der Konfektionsbranche war zu einer politischen geworden und wäre in Sachsen, wenn damals die heute beantragten Verschlechterungen gegolten hätten, einfach unmöglich gewesen. Bei den Verhandlungen im Landtage ist zwar versichert worden, daß die Gewerkschaftsbewegung von den geforderten Verschärfungen nicht getroffen werden würde, wenn sie sich von Politik fern hielt. Aber man weiß, was diese Versicherungen zu bedeuten haben, man weiß, was in Sachsen alles als Politik aufgefaßt wird. Die fortschrittlich gestimmte Gewerkschaftsbewegung wäre in Sachsen nach Annahme der reaktionären Vorschläge einfach in Frage gestellt.

Aber auch das Verbot der Teilnahme von Frauen und Minderjährigen an politischen Versammlungen ist ein schweres Unrecht, ist ein Verbrechen am Volke. Das Verbot atmet den Geist einer Zeit, die unsere Alles revolutionisierende Produktionsweise, in der die Frauenarbeit einen gewichtigen Faktor bildet, noch nicht kannte. Die heutige Stellung der Frau im wirtschaftlichen und sozialen Leben fordert einfach von der Frau die Teilnahme am politischen Leben und es wäre deshalb nur logisch, wenn die beschränkenden Bestimmungen des Vereinsgesetzes, die der Frau die volle politische Gleichberechtigung vorenthalten, beseitigt würden und neuen freiheitlichen Bestimmungen Platz machten. Aber freilich, Reaktion ist nicht Fortschritt, sondern Rückschritt.

Nicht minder ungerecht als der Ausschluß der Frauen aus dem politischen Leben ist die Fernhaltung der Minderjährigen von der Politik. Ein junger Mann, der wirtschaftlich selbständig ist, der für fähig gehalten wird, den Schießprügel zu tragen, ein solcher

Geschwindigkeit von 4 Meilen in der Stunde. Der Tourist hatte 1,614,600 Kilogramm-Meter Energie täglich aufgewendet, von denen er 1,518,000 aus der Nahrung, die er während der Reise zu sich nahm, den Rest aus dem Verbrennen verbrauchter Gewebe bestritt.

Im Allgemeinen nimmt man an, daß ein kräftiger Arbeiter für seine volle Tagesmühe annähernd 10 Millionen Fußpfund, das sind 1,380,000 Kilogramm, an Nahrungszufuhr benötige. Damit ist auch die Norm für die notwendige Diät gegeben, die Mahlzeiten können nach ihrem Energiegehalt berechnet, die Speisepfunde in Kilogramm-Meter ausgeschrieben werden.

Will ein Witzbegieriger seine Lebensweise „wissenschaftlich“ einrichten, dann geben ihm Voit und Andere genaue Verhältniszahlen. 120 Gramm Proteine, 50 Gramm Fette, 550 Gramm Kohlenhydrate, in Summe 720 Gramm. Aber mit der Waage in der Hand wird der Pedant nur zu leicht elend werden und zu Grunde gehen. Denn es ist selbstverständlich, daß alle Tätigkeit, sowohl körperliche wie geistige, im geringeren Maße von der Kraftquantität der Speisen als von ihrer Qualität abhängt. Manche Speisen werden leichter assimiliert, andere gehen schwerer in's Blut über, verlangen eine tüchtige Verdauungsarbeit, wie sie nicht jeder Magen, zumal in unserem verdorbenen Jahrhundert leisten kann.

Mit der Waage in der Hand wird sich die Freude am Dasein nicht erzwingen lassen.

Der thierische Körper erleidet dieselben mannigfaltigen Verluste wie eine Dampfmaschinen-Anlage, im Feuerzug, in den Dampfketten, in den Dampfleitungen und an hundert anderen Stellen. So wird

junger Mann soll bis zum 21. Lebensjahre unfähig sein, am politischen Leben teilzunehmen! Wird der Vorschlag der Reaktion Gesetz, dann wird man die politische Tätigkeit von „gutgesinnten“ Minderjährigen oder von Organisationen solcher Minderjährigen, wie Studentenvereinen, Vereinigungen evangelischer Arbeiter usw. ebenso wenig für politisch erklären, wie man heute die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Kriegervereine für eine politische Tätigkeit ansieht.

Mit dem Ausschlusse der Minderjährigen und Frauen aus dem politischen Leben ist unsere Reaktion aber noch nicht zufrieden. Sie fordert auch eine Verschärfung des beharresten Paragraphen des Vereinsgesetzes, des § 5, nach dem Versammlungen verboten werden können, deren Zweck es ist, Gesetzesübertretungen oder unsittliche Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder doch dazu geneigt zu machen. Daß die Sozialdemokratie je in ihren Versammlungen Gesetzesübertretungen das Wort geredet hätte, kann auch der giftigste Reaktionsär nicht behaupten. Bleiben nur die „unsittlichen Handlungen“. Und darauf hat es auch die Reaktion abgesehen. Nach einer Ministerialverordnung aus dem Jahre 1878 sind z. B. Vorträge „unsittliche“ Handlungen, in denen die Kirche „geschmäht“ und zum Austritt aus dieser aufgefordert wird. Auch naturwissenschaftliche Vorträge sind auf Grund dieser Bestimmung vielfach verboten worden, so z. B. vor einiger Zeit ein Vortrag über die Nauyas'sche Nordpolexpedition. Der Begriff „unsittliche Handlungen“ ist so beharrest wie der Begriff „grober Unfug“ im Strafgesetzbuch, und wie dieser heute auf Dinge ausgedehnt wird, an die seiner Zeit der Gesetzgeber nicht im Entferntesten gedacht hat, so wird auch der Begriff „unsittliche Handlungen“ von unserer Polizei auf Dinge ausgedehnt, die weit über derjenigen Grenze hinausliegen, die die Gesetzgeber der auf die 48er Bewegung folgenden Reaktion diesem Begriffe gezogen haben. Und trotzdem will man diesen kauschurartigen Paragraphen noch schärfer fassen, d. h. die Latitüde der Polizei noch mehr erweitern. Der Teufel mag wissen, was die Reaktion da noch zusammenbrauen wird.

Alles in Allem: die von den Reaktionsären der zweiten Kammer geforderten Kompensationen sind ein neuer schwerer Schlag gegen die Arbeiterbewegung, der, da die Reaktion unbeschränkt im Landtage herrscht, auch ausgeführt werden wird. Machtlos stehen die entrechteten Arbeiter diesem freuden Beginn gegenüber. Aber sie protestieren laut und vernehmlich, mit aller Entschiedenheit gegen diesen neuen reaktionären Streich, gegen diesen Gewaltakt, der die öffentliche Tätigkeit der Arbeiter auf weiten Gebieten ganz unmöglich macht und die politische Freiheit gefährdet, denn ohne Vereins- und Versammlungsfreiheit ist politische Freiheit nicht denkbar.

Daß die Arbeiterschaft heute mit blutendem Herzen zusehen, wie die Reaktion im Lande ihr die wichtigsten Volksrechte eines nach dem andern entreißt oder beschränkt, so gibt es auch für sie einen Tag der Abrechnung: die nächsten Reichstagswahlen.

sich im Allgemeinen folgendes Schema für die Dekonomie einer Denkmachine, also eines Hirnarbeiters von Profession, Beamten, Lehrers, Gelehrten, Künstlers, Staatsmannes aufstellen lassen. Bei einer Diät von etwa 1,200,000 Kilogramm täglich 18 Prozent Verluste durch mangelhafte Verdauung, 12 Prozent für geistige Tätigkeit, 35 Prozent ausgeströmte Hitze, 23 Prozent innere Arbeit und 12 Prozent für äußere Arbeit, als da sind Spaziergänge, Körperübungen usw.

Mit dem „Nusseffekt“ der thierischen Maschine steht die Technik geradezu vor einem Räthsel. Die kräftigste und ausdauerndste Muskelstruktur im thierischen Körper bildet jene Pumpe, welche rastlos thätig die Blutzirkulation aufrecht erhält: das Herz. Nach Helmholtz bewältigt dieses Organ im Laufe einer Stunde so viel Arbeit, als es nötig hätte, sein eigenes Gewicht 6700 Meter hoch zu heben. Eine Lokomotive ohne angehängten Zug steigt in derselben Zeit nur 800 Meter hoch. Das Herz besitzt demnach im Verhältnisse zu seinem Gewichte eine bedeutende Leistungsfähigkeit. Das Herz, das dem Dichter als Sitz der tiefsten und gewaltigsten Leidenschaften, der wohnen und schmerzvollsten Erregungen gilt, gibt dem Techniker als die vollkommenste aller Kraftmaschinen. Doch der ganze menschliche Körper steht in seiner Leistungsfähigkeit über den Motoren unserer berühmten Epoche des Dampfes und der Elektrizität. Nach Foule gibt er etwa zweieinhalbmal den Nusseffekt der besten Dampfmaschinen seiner Zeit. Und noch heute, am Schluß eines Jahrhunderts rastloser Fortschritte auf dem Gebiete der Technik, übertrifft sein Nusseffekt etwa doppelt die besten existierenden Wärmemotoren.

Natürlich sind diese Verhältniszahlen sehr schwer

Die Thaten der Reaktion stinken zum Himmel und heißen gründliche Vergeltung. Und angeht's dieser schändlichen und niederträchtigen Handlungsweise der Reaktion müßte es nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn bei den nächsten Reichstagswahlen in Sachsen die Reaktion nicht vollständig zerschmettert würde!  
„Leipz. Volksztg.“

## Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.

(Aus „Correspondenzblatt“.)

(Fortsetzung.)

So ging das Lösungswort des Kollektivismus nach dem Kongresse von Marseille durch die Arbeiterwelt. Die Gegner behaupteten später, daß die Beschlüsse das Resultat einer fälschlichen Majorität seien, da man die Stimmen ungenau gezählt habe, und so protestierten 23 Abgeordnete formell dagegen. Das erste Resultat des Marceller Kongresses, welcher bestimmt war, die Arbeiterkräfte zu vereinigen, war Scheidung. Ein großer Theil der französischen Gewerkschaften weigerte sich, der Direktion zu folgen. Auf dem Kongresse von Havre 1881 waren beide Fraktionen in fast gleicher Stärke vertreten und zwar 55 Kollektivisten und 57 doktrinaire Reformisten. Sie konnten sich nicht verständigen, man trennte sich und jeder Theil hatte seinen Kongreß und behauptete, der wahre nationale Kongreß zu sein. Der Bruch zwischen den politisch Revolutionären und den rein gewerkschaftlichen Elementen war vollzogen. Aber auch die Revolutionären unter sich blieben nicht einig.

Der Kongreß von Marseille hatte kaum seine Arbeiten beendet, so erschien als erste Maßregel nach der Ernennung Jules Grevy's zum Präsidenten der Republik ein Amnestiegesetz, welches einer beträchtlichen Zahl der Besiegten von 1871 die Freiheit wiedergab. Ein Jahr später waren alle Ueberlebenden des 18. März amnestiert. Sie kamen rachedurstig und suchten sich von Neuem der Arbeitermassen zu bemächtigen, welche die Ereignisse von 1870 mit den Ideen der Internationale vertraut gemacht hatten, sie machten diese darauf aufmerksam, zu welcher Macht und Bedeutung sie eines Tages gelangen könnten. Doch bald brachen Konkurrenzneid und Ehrgeizgelle unter den Führern aus.

Der Kongreß von Marseille hatte das Ziel gesteckt, und so ging man mit Lust an die Wahlpropaganda, aber man besaß kein Programm, es mußte ein solches für die zu liefernden Wahlschlachten geschaffen werden.

Dieses Programm wurde in London von Guesde und Lafargue ausgearbeitet unter der Diktion von Mary und Engels, welche sich im Hintergrunde hielten. Auf Grund dieses Programms, welches von den Revolutionären des kollektivistischen Kongresses zu Havre angenommen wurde, sollten alle sozialistischen Kandidaten gewählt werden. Die Gewerkschaften sind nur einfache Organisationsmittel, die Streiks dienen der Propaganda. Es ist nötig, überall Streikkomitees zu errichten, um die Arbeiter in Athem zu halten.

Aber Zwiespalt brach aus auf dem Kongreß zu Reims, welcher nach dem internationalen von Chur 1881 stattfand. Die cercles d'études und die poli-

zu ermitteln und gelten deshalb nur annähernd. — Nach Thurston wäre der Nusseffekt der thierischen Maschine, wenn man ihre wirklichen Verluste in der scheinbar zwecklos an die Luft und das Weltall ausgegebenen Wärme suchen wollte, 57—65 Prozent, wodurch sie die besten Wärmemotoren unserer Zeit um ein ganz Bedeutendes überragen würde. Den Technikern erscheint das horrend. Denn der Nusseffekt der besten bekannten thermo-dynamischen Maschine, wenn sie von vollkommener Konstruktion wäre, könnte nicht über 27 Prozent der zugeführten Energie gebracht werden. 73 Prozent müssen im vorhinein verloren gegeben werden, so beweist es die theoretische Formel.

So sehen wir den thierischen Organismus alle Bedingungen einer Kraft erzeugenden Maschine erfüllen, sehen ihn sich in die Serie der komplizirtesten Apparate einreihen. Aber mitten zwischen Anfangs- und Endprodukt legt sich ein geheimnißvoller Schleier über die Art der Energie-Transformationen. Wie aus den chemischen Prozessen sich Wärme entwickelt, sehen wir alle Tage an unseren Kohlenöfen, an den Gasflammen; aber wie entsteht im Thierleib Muskelbewegung, Elektrizität, Licht in so vollkommen sparsamer Weise? Welche Methoden walten in der Lebensmaschine, die sich dem Blick des Forschers entziehen? Sinit werden auch sie dem siegreichen Menschengenette sich ergeben. Die Physiologie wird das Geheimniß ergründen, die Technik für unsere Industrien nutzbar machen.

Dann wird der Mensch wieder zur Natur in die Schule gehen und seine Maschinen nach ihren Rezepten bauen.

tlischen Vereinigungen herrschten zu Reims vor. Es waren dort 44 Delegirte, unter ihnen Fournière, Guesde, Labusquière und Malon. Anarchistische Tendenzen traten hier zu Tage. Man wollte nicht, daß die Arbeiterführer neue Tyrannen würden. Den Gewerkschaftlern verbündet, kritisierten die Anarchisten das Programm als ein minimales. Zänkereien erhoben sich zwischen den in der Minorität sich befindenden Marxisten und den Broussisten, welche sich Marx nicht unterordnen wollten. Mr. Broussé sagte, daß er wohl die Ideen, aber nicht die Autorität, deren Agenten Guesde und Lafargue seien, annähme. Die alten Kommunisten waren eifersüchtig auf diese Einbringlinge. Die nationale Eigenliebe, die Proudhonistische Ueberlieferungen spielten eine Rolle in dem Streit gegen den deutschen Einfluß. Die Politischen endlich kümmerte es wenig, durch ein kollektivistisches Programm alle Beziehungen mit den Radikalen abzubauen. Malon und Broussé hatten dem Kongresse vorgeschlagen, ein nationales Komitee mit dem Sitz in Paris zu gründen. Damit wollte man die Diktatur Guesde's, welche nur in der Provinz Einfluß hatte, beseitigen. Zwietracht herrschte in der Partei, aber nach Außen blieb man einig bis zum nächsten Jahre. Die Zänkereien setzten sich auch nach dem Kongresse zwischen dem Parteiorgan „Le Proletaire“ und den Marxistischen „Le Citoyen“ und „La Bataille“, Blätter, welche „L'Egalité“ ersetzen, fort. Man warf sich Berrath und Beziehungen zur Polizei vor. Guesdisten beschuldigten Broussé der Bestechlichkeit. Man bethätigte die Gefühle der Solidarität und der Brüderlichkeit, indem man sich in den Redaktionsbüros weidlich gegenseitig prügelte, was die Intervention der „verhassten Knechte der Autorität“ notwendig machte. Mittlerweile war der Streik von Monceau les Mines ausgebrochen, dem sich die von Commentry, Rimoges und Besseges zugesellten.

Das nationale Komitee forderte die Arbeiter mit Erfolg auf, an den Kommunalwahlen theilzunehmen. Joffrin, unterstützt von Arbeiterelementen und bekämpft von den Marxisten, wurde als Stadtverordneter des Montmartre gewählt, auf ein Programm, welches das von Havre bedeutend abschwächte, wie die Guesdisten sagten. Er unterdrückte die Programmforderung, welche die Abschaffung der Erbschaft über 20 000 Fres. forderte und sprach nur von der gesetzlichen Festsetzung des Normalarbeitstages, ohne acht Stunden auszubedingen. Der radikale Deputirte Clovis Hughes hatte es angenommen, das nationale Komitee in der Kammer zu repräsentiren. Die Wahlen von 1881 brachten dem Parteiprogramm nur 60 000 Stimmen in ganz Frankreich.

Der Bruch zwischen Marxisten und Broussisten, welcher auf dem Kongreß von St. Etienne, September 1882, stattfand, war ein definitiver. 200 Gewerkschaften und 150 „cercles d'études“ waren dort vertreten. Die Marxisten beschuldigten ihre Gegner des Possibilismus. Sie sagten: Joffrin hat das Minimalprogramm verlassen, nur um gewählt zu werden. Aus Revolutionären haben sie sich zu einfach Radikalen entwickelt. Die Broussisten revanchirten sich gelegentlich der Wahl von Châtelleraut. Man kolportirte einen Auspruch Lafargue's, daß er Clemenceau und Rochefort kompromittirten Arbeitern vorziehe. Die Possibilisten hatten auf dem Kongreß die Mehrheit dadurch, daß sie den Wahlmodus änderten. Guesde und seine Freunde wurden mit 66 gegen 6 Stimmen aus dem Nationalkomitee ausgeschlossen. Ein Theil der Kongreßler zog sich zurück, um in Rouanne einen eigenen Kongreß, den sie für den einzig wahren und legalen ausriefen, abzuhalten. Sie erklärten, daß „Le Proletaire“ aufhörte, das offizielle Organ der Partei zu sein. Die Guesdisten waren an Zahl sehr zusammengeschmolzen. Zerfallen in lokale und regionale Gruppen, hatten sie keinen anderen Zusammenhalt mehr als das Programm; seit 1884 hielten sie keinen Kongreß mehr ab, seit 1885 waren sie ohne Zentralorgan. Aber sie hatten ihre Genehmigung auf dem internationalen Kongreß zu Paris 1889, wo auch ihre Gegner in zwei sich bekämpfende Fraktionen sich theilten. Die Possibilisten, welche zu St. Etienne triumphierten, nannten sich Revolutionäre, um ihre guten Beschlüsse zu beseitigen. Sie organisierten sich und wurden sehr vorsichtig gegen ihre Wahlkandidaten. Gebundenes Mandat, Demissionsunterstützung in den Händen des Komitees, Zahlungen an die Parteikasse, welche die Wahlkosten bestreitet und dem Gewählten allenfalls eine Entschädigung zubilligt, das waren die Vorzugsregeln, wozu sich der Kandidat verpflichten mußte. Man ging sogar so weit, vorzuschlagen, den an seinem Mandat ungetreuen Deputirten mit dem Tode bestrafen zu lassen. Man versuchte alle Gewerkschaften zu vereinigen, ohne die Anarchisten anzuschließen. Man verwarf das Marx'sche Minimalprogramm und nahm

Motive an, welche die zukünftige Gesellschaft skizzirten. Nur durch den Kollektivismus kann die Arbeiterschaft befreit werden.

Die Einigkeit, gesucht seit 1875, konnte sich nicht verwirklichen. Die Arbeiter waren getheilt in Marxisten, Possibilisten, Anarchisten und Positivisten, Letztere allerdings wenig zahlreich. Diese Theilung schwächte die Partei in politischer Hinsicht, reizte aber den Eifer zur Propaganda und erhöhte die Zahl der Agitationsherde. Nach der Scheidung auf dem Kongreß von St. Etienne zeigten sich schon Klänkereien und Risse auf dem Possibilistenkongresse zu Paris 1883. Man beseitigte den Titel sozial-revolutionäre Partei, trotz des Widerstands Allemane's. Man wirft die Motive des Programms über Bord. Anstatt ein System zur Lösung der sozialen Frage zu suchen, wäre es besser, praktische Fragen zu studiren, ohne auf die Revolution im Prinzip zu verzichten. Man entwirft ein Programm, betreffend Gewerkschaftsrichter, und man beschließt gleichzeitig die Konstituierung eines Vigilanzkomitees.

Die Guesdisten, welche sich als die geistig Höherstehenden betrachteten, nannten die possibilistische Fraktion geringfügig „Handwerker“ („manuëliste“). Malon, welcher an bürgerlich-radikalen Blättern mitarbeitete, zog sich von der Partei zurück. Die nur reformistischen Gewerkschaften, welche sich von den Sozialisten auf dem Kongreß zu Havre 1881 trennten, hielten von dieser Zeit an eigene Kongresse ab. Ihre Ideen wurden durch die Union des syndicats de Paris repräsentirt; ihr Organ war der „Moniteur des syndicats ouvriers“. Sie entfernten aus ihrem Programm jede politische Aktion und begrenzten sich auf ökonomische Organisation der Arbeiter durch Gewerkschaften zur Verbesserung der Arbeitskontrakte, in Uebereinstimmung mit den Unternehmerassoziationen, und verlangten endliche gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften. Im Jahre 1880 unterhandelten die Unternehmer- und Arbeiterverbände über gegenseitige Interessen im Geiste der Mäßigung und Versöhnlichkeit.

## II. Die Gewerkschaftsbewegung seit dem Gesetz von 1884.

Im Jahre 1884 wurde an Stelle eines allgemeinen Vereins- und Versammlungsrechts ein Spezialgesetz für die professionellen Gewerkschaften geschaffen. Mit diesem Gesetz wurde das von 1791 abgeschafft, welches, um die Freiheit der Arbeit gegen Korporationen zu schützen, das Zusammenhelfen von Personen derselben Profession verbot. Das neue Gesetz erkannte den Arbeitern derselben Industrie das Recht zu, sich zu vereinigen, aber nur zum Zwecke der Vertheidigung ihrer ökonomischen Interessen. Der Art. 416 des Strafgesetzbuches, welcher den Arbeitern unterjagte, wegen Lohnerhöhung die Arbeit niederzulegen, wurde durch Gesetz 1864 abgeändert und endgiltig durch das Gesetz vom 1. April 1884 abgeschafft, welches den Arbeitern auch das Recht zusprach, die nöthigen Häuser zu ihren Versammlungen zu besitzen. Es erlaubte den Gewerkschaften, sich zu föderiren. In der ökonomischen Gruppenordnung sah es für Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit einigen Einschränkungen ein Privilegium zur Bildung politischer Gruppen, es stärkte gleichzeitig die Macht der Arbeiter wie die Macht der Arbeitgeber. Aber kaum war das Gesetz angenommen — ein Gesetz, wie es in so liberaler Weise für den Arbeiterstandpunkt seit einem Jahrhundert nicht geschaffen wurde —, als es auch schon das Mißtrauen der Revolutionäre genoh, welchen es eine Oppositionswaffe aus den Händen nahm. Sie suchten es auch von ihrem richtigen Ziel, die Organisation der Arbeiterklasse zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen abzulenken. Sie nannten es ein Werk der Reaktion und der Polizei, dazu angehen, die Arbeiterbewegung unter Vorwandtschaft zu stellen; mit Heftigkeit bewogen sie ihre Anhänger, sich dagegen anzulehnen und unabhängig zu bleiben.

Die Gewerkschaften revolutionärer Tendenz, unter Antriebe Allemane's, begannen einen förmlichen Krieg gegen das Gesetz. Sie verlangten keine Erweiterung, z. B. größere Freiheiten für die Gewerkschaften, sie verweigerten einfach, sich dem Gesetz zu unterwerfen. Diese Tendenz riß sie fort auf den ersten Kongressen nach Annahme des Gesetzes. Diese Kongresse sind nur korporativen Charakters, trotzdem machten sich politische Einsprüche fortwährend bemerkbar. Lyon allein mit seinem Cantus (Handseidenweber von Lyon) und seinen korporativen Ueberlieferungen verjagte, gegen diese Tendenzen anzukämpfen. Die Gewerkschaften der Rhonegegend organisierten den ersten nationalen Kongreß, wo nur das korporative Element vertreten sein durfte und jede politische Gruppierung ausgeschlossen war. Die Einberufer des Kongresses empfingen die offizielle Genehmigung von der Regierung, und Minister Lozéroy

bewilligte 5000 Fres. dazu. Der Kongreß fand 1886 in Lyon statt, besucht von 158 Delegirten, welche 248 Gewerkschaften vertraten, davon nur 88 dem Gesetz unterstellte. Gegen das Gesetz erklärten sich 74 Stimmen, dafür nur 29. Man beschloß, eine Föderation aller Gewerkschaften zu bilden, im Gegensatz zu der Union der Arbeitergewerkschaften. Die Mehrheit der Gewerkschaften war in Lyon nicht vertreten, aber der „Moniteur des syndicats ouvriers“, der wegen seines Opportunismus und seiner Neigung zu Reformen bekannt war, verlor von seinem Ansehen. Die letzte Sitzung war sehr stürmisch. Obwohl die Kosten des Kongresses von Staat und Provinz gezahlt wurden, wurde die Trikolore zerrissen und durch die rothe Fahne ersetzt; man beschloß die Gründung eines Nationalkomitees. Die Possibilisten wollten sich dessen bemächtigen, den Zentralitz der Organisation nach Paris verlegen, um ihn an der Hand zu haben; aber die Marxisten setzten durch, daß er in der Provinz verblieb und jedes Jahr wechselte. Zwei Städte, von den Marxisten gewonnen, Montlougou und Bordeaux, waren für die folgenden Jahre der Sitz des Komitees.

Zahlreich waren die Marxisten auf dem Lyoner Kongreß. Das nächste Jahr, 1887, hatten sie die Majorität in Montlougou. Marxisten und Possibilisten bedienten sich des Gesetzes von 1884, und es gelang ihnen, die Leitung der „Fédération nationale des syndicats ouvriers“ zu erhalten, welche in Lyon gegründet wurde. Die Gemäßigten, entmuthigt durch die Erfahrungen des Vorjahres, blieben fern. Auf dem nächsten Kongreß, Bordeaux 1888, welchem die Föderation der Gewerkschaften von Bordeaux nicht beiwohnte, kam es zu neuen Demonstrationen gegen die Trikolore. Der Kongreß, von der Polizei verboten, mußte sich auf ein benachbartes Dorf flüchten. Die Majorität, von Guesdisten geleitet, erklärte, daß nur der Generalstreik den Arbeitern Befreiung bringen kann. Die Idee vom Generalstreik wurde damals von den Guesdisten unter die Menge gebracht. (Heute sind sie die ausgesprochenen Gegner.) Dem wenig heikel in der Wahl ihrer Mittel, den verlorenen Einfluß wieder zurück zu gewinnen, glaubten sie, daß eine Lösung mit augenscheinlich ökonomischem Charakter von den Gewerkschaftlern günstig aufgenommen und ihnen die Direktion der französischen Arbeiterorganisation in die Hand spielen würde. Man stimmte auf diesem Kongreß der Idee bei, daß die Arbeiter mit Hilfe der Gewerkschaften eines Tages die „Sozialisirung“ der Produktionsmittel dekretiren könnten. Man beschloß einstimmig den Normalarbeitstag von acht Stunden und die Entsendung einer Delegation an die öffentliche Macht, diesen geleglich festzusetzen.

Die boulangistische Bewegung, 1887—1890, beeinflusste auch die sozialistische; sie führte jede Gruppe zu einer besonderen Haltung und erhöhte die gegenseitige Feindseligkeit. Während die Possibilisten mit ihrer Zeitung „Le Parti ouvrier“ ihre Kräfte mit denen der nicht sozialistischen Republikaner vereinigten, denn auch sie waren erst Republikaner und dann Sozialisten, um die Tendenzen des wiederauflebenden Cafarismus zu bekämpfen, theilten sich die Blanquisten in zwei Kämpfe. Der eine Theil ging mit Guesde und Rochefort für Boulanger, der andere mit Baillant, brachte die Bastardkandidatur Bouls für Paris auf's Tapet.

Die Guesdisten hielten ihre Freunde durchaus nicht zurück, das Boulangistische Abenteuer als eine Oppositionsbewegung zu unterstützen, gefolgt von fern von dem neugeborenen (néo) Sozialisten Millerand mit der Zeitung „La Voix“ (Die Stimme) u. A. noch. Die Verschiedenheit der Haltung und der Polemik, welche daraus hervorging, verhinderte jede gemeinsame sozialistische Aktion gelegentlich der Ausstellung von 1889. Die Föderation der Guesdistischen Gewerkschaften organisierte mit den Blanquisten den internationalen Kongreß von 1889 und die Demonstration des 1. Mai. Die Possibilisten und eine Fraktion der Trades-Unionisten hielten einen besonderen Kongreß ab. Der Doppelkongreß gab aber neuen Antriebe zu politischer Thätigkeit und zu gewerkschaftlicher Bewegung.

Auf dem vierten Congress corporativ von Calais 1890 brachten die Marxisten dieselben revolutionären Tendenzen zur Geltung wie auf den vorhergehenden. Sie erklärten, daß das allgemeine Stimmrecht nicht genüge, da die Insurrektion bei den modernen Waffen zu gefährlich sei, daß man also zur Revolution der gekrenzten Arme seine Zuflucht nehmen müsse. Das sollte nur korporationsweise geschehen. Die Bergarbeiter waren z. B. im Streik, man beschloß den Generalstreik der Bergarbeiter, damit dadurch jede industrielle Arbeit lahm gelegt würde und so den Zusammensetz des bestehenden sozialen Zustandes verursachen sollte. Der internationale Bergarbeiterkongreß ging nicht so weit. Die Guesdisten hielten ihren

politischen Kongress in demselben Orte oder im Nachbarorte ab, wo sie den korporativen abhielten. In Marseille 1892 passierte es, daß die Guesdistischen Delegierten in korporativer Versammlung den Generalstreik proklamirten, während sie ihn in der politischen verwarfen. Seitdem sorgte man, daß der politische die Priorität hatte. Diese Verwirrung, diese Zersplitterungen bewiesen klar, daß eine feste, einheitliche, revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse nicht zu verwirklichen war. Die Possibilisten, Gegner der Guesdisten seit der Trennung zu St. Etienne 1882, theilten sich ihrerseits in zwei unversöhnliche Lager, in Folge des Kongresses von Châtellerault 1890. (Fortf. folgt.)

**Wie die Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine die Arbeiterinteressen vertreten.\*)**

Wie so oft sind auch beim Torgelower Metallarbeiterstreik die Anhänger der Gewerkvereine (Hirsch-Dunker) Streikbrecher. Das ist also nichts Neues. Aber in welcher Weise sie sich im Torgelower Fall herauszubekommen suchen, und welche Rolle ihr Organ, „Der Regulator“, dabei spielt, das ist so bezeichnend für die Gewerkvereine, daß es in den weitesten Kreisen bekannt werden muß.

Erst jetzt, nachdem der Streik volle sechs Wochen dauert, nimmt der „Regulator“ das Wort und zwar in Form einer Zuschrift des Ausschusses des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Es wird der Beginn des Streiks annähernd richtig geschildert, dann aber die Behauptung aufgestellt, daß das Gewerbegericht zu Uedermünde die Arbeiter verurtheilt habe, 6 M Strafe wegen Kontraktbruch zu zahlen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Das ist eine Unwahrheit und zwar eine wider besseres Wissen ausgesprochen.

Der Vorsitzende des genannten Ortsvereins (Dreher Kaufmann\*\*) ist nämlich selbst Gewerbegerichtsbesitzer bei jener Verhandlung gewesen und muß wissen, daß überhaupt kein Urtheil gefällt wurde, sondern ein Vergleich zu Stande gekommen ist. In diesem Vergleich verpflichtete sich die Firma Menzel, alle kontraktbrüchigen Arbeiter wieder einzustellen, bis auf 4, und sich um die Vereinsthätigkeit der Arbeiter außerhalb der Fabrik fernerehin nicht mehr zu kümmern. Das letztere, und den Umstand, daß die Firma Menzel diesen Vergleich gebrochen hat, die Arbeiter aber ihn gehalten haben, verweigert der „Ausschuß des Ortsvereins“ und lügt, indem er den Vergleich zu einer Verurtheilung der Arbeiter umstempelt!!!

Mit der Wiederaufnahme der Arbeit bei Menzel u. Co. war die Streikzeit von den anderen Firmen fortgezogen. Das sagt der Ausschuß des Ortsvereins und das stimmt. Aber er verschweigt wieder das Wichtigste, nämlich die ganze, nun erst gegebene Ursache des Streiks: nämlich daß die Firmen P. L. Sauer, Freundel u. Zaeske, Klamp u. Co. etc. jetzt verlangten, die Arbeiter sollten einen Revers unterschreiben, nach welchem sie sich verpflichten, aus dem Deutschen Metallarbeiterverband auszutreten, resp. denselben niemals anzugehören!

Will der Ausschuß etwa behaupten, er wüßte das nicht? Und trotzdem er es weiß, erklärt der Ausschuß: „es sei jetzt keine Ursache mehr gewesen, für die Hirsch-Dunker'schen, die Arbeit nicht aufzunehmen.“

Also die Aussperrung von mehr als 200 Arbeitern einzig und allein wegen Zugehörigkeit zur Organisation ist für die Hirsche kein Grund mindestens zu kündigen — dann brauchen sie nicht kontraktbrüchig zu werden!!!

Der „Ausschuß“ hat aber des Weiteren die Lebenswürdigkeit, zwei Thatsachen zu bestätigen, welche die Art, wie die Hirsche die Arbeiterinteressen vertreten, aller Welt ins rechte Licht rückt. Er schreibt nämlich wörtlich:

„Zum 7. November beriefen wir eine Mitgliederversammlung ein, um über die Aufnahme der Arbeit zu sprechen. Als Gast war der Arbeitgeber P. L. Sauer, der sich auch an der Debatte beteiligte, anwesend. Er war der Meinung, daß, da das Gewerbegericht gesprochen, und Menzel seine Arbeit zurückgenommen habe, für die Arbeiter kein Grund zum Streik vorhanden sei und sie die Arbeit aufnehmen müßten, falls sie nicht kontraktbrüchig werden wollten. Am 8. November wurde von uns die Arbeit aufgenommen. Nun tritt die alte bekannte Geschichte wieder zu Tage, d. h. die Gewerksvereiner werden von den Zukunftsbrüdern, den Verbändlern, in der gemeinsten Weise verdächtigt und verleumdet. Der Schmierstink schreibt in der „Metallarbeiter-Zeitung“ von Judaslohn, er soll denn doch beweisen, wer einen Judaslohn erhalten hat.“

Den Beweis, wer einen Judaslohn erhalten hat, bringt aber der Ausschuß des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter in Torgelow selbst, denn nachdem er einen Satz aus der „Metallarbeiter-Zeitung“ zitiert hat, in welchem behauptet wird, daß die 3 M, die jeder der Hirsche bekommen hat, von den Strafgebern genommen seien, die wegen Kontraktbruch abgezogen wurden, fährt der Ausschuß (wieder wörtlich!) fort:

„Da nun aber keinem Arbeiter wegen Kontraktbruch Geld abgezogen ist, so kann natürlich auch davon an die anderen Arbeiter nichts gezahlt werden. Die Thatsache ist folgende: Nachdem wieder 14 Tage gearbeitet war, erhielten sämtliche Arbeiter der Fabrik, gleichviel, ob sie einer Organisation angehörten oder nicht, bei der Lohnzahlung drei Mark außer ihrem verdienten Lohn. Auf von den Arbeitern gestellte Fragen wegen dieser drei Mark wurde nur geantwortet, diese werden jedem Arbeiter extra gezahlt.“

Ja, sind denn die 3 M deswegen kein Judaslohn, weil sie vielleicht aus der Privattasche des Fabrikanten P. L. Sauer geflossen sind?? — Und vor Allem: Die

Firma Klamp u. Co. hat Strafgeld abgezogen wegen Kontraktbruch und wird sich deswegen am 28. Dezember d. J. vor dem Gewerbegericht verantworten müssen; haben denn die bei Klamp arbeitenden „Hirsche“ den Judaslohn nicht bekommen? War bloß P. L. Sauer so „nobel“ — oder sind die Klamp'schen „Hirsche“ noch nicht ganz so tief gesunken wie die Sauer'schen?? — Erkläre mir — Ausschuß — diesen Zwiespalt!

Wir sehen also: Die Hirsche lassen sich von dem Fabrikanten P. L. Sauer den Gang der Dinge erzählen, lassen Herrn Sauer als Gast zu, ohne Einen der Streikenden gleichzeitig als Gast zu laden, alle „Arbeitswilligen“ einschließlich der Mitglieder des Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereins nehmen drei Mark „Belohnung“ für Streikbrecherdienste an — in einem Streik, der sich einzig und allein um die Zugehörigkeit zur Organisation dreht — und beschwindeln die Redaktion des „Regulator“ insofern, daß die Anhänger des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ihre (die Hirsch-Dunker'sche) Organisation zerstören wollen. (Das letztere dürfte ihnen Herr Sauer vorgebet haben.)

Das Ganze stellt eine so erbärmliche Handlungsweise dar, daß wir annehmen, der Zentralrath der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine kann damit nicht einverstanden sein, umso mehr als das Gerücht verbreitet wurde, daß der Zentralrath den Torgelower Mitgliedern des Gewerkvereins (Hirsch-Dunker) für den Fall, daß sie mitstreifen, Unterstützung zugesichert habe. Wir hoffen, daß nun endlich der Zentralrath seine Meinung äußert.

Und nun zum „Regulator“ — Dieses „Arbeiterblatt“ läßt einen Streik, bei dem seine Anhänger im höchsten Maße interessiert sind, einen Streik von der höchsten Bedeutung für einen wichtigen Industrieort, einen Streik von einer Ausdehnung auf nahezu 300 Arbeiter 6 Wochen dauern, ohne seinen Lesern auch nur die allergeringste Mittheilung zu machen!! Kommentar überflüssig.

Daselbe Blatt druckt ohne jede Bemerkung eine Zuschrift seiner Anhänger aus Torgelow ab, obwohl ihm bekannt sein mußte, daß die Entscheidung des Gewerbegerichts gänzlich entstellte wiedergegeben ist!! — Oder will die Redaktion des „Regulator“ behaupten, sie lese weder den „Vorwärts“ noch die „Metallarbeiter-Zeitung“? Oder will sie behaupten, daß diese beiden Blätter aus einem Urtheil eines Gerichtes einen Vergleich machen und diesen noch fälschen??

Kurz und gut: So wie in Torgelow haben sich weder die Hirsche bisher, noch irgend eine andere „Organisation“ jemals blamirt!

**Zur Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer.**

Die Genossin Cleonore Marx-Abeling sendet dem „Vorwärts“ eine Betrachtung über den gegenwärtigen Stand des Streiks, über seine Aussichten und Folgen. Sie knüpft an eine Unterredung an, die sie alsbald nach Abbruch der Konferenz mit Barnes, dem Leiter des Maschinenbauer-Verbandes, gehabt hat. Auf die Frage: Was soll jetzt geschehen? erwidert Barnes:

„Unsere Leute werden die Bedingungen gewiß nicht annehmen. Reichthum und Hunger mögen uns schlagen, doch wir werden kämpfend fallen. Bernichten aber wird man uns nicht. Niemand kann unsere Bewegung auslöschen. Mögen auch die einzelnen im Kampfe fallen. Wir sind aber noch weit davon entfernt, geschlagen zu werden und wenn die englischen Arbeiter ferner nach zur Seite stehen, werden wir unser Ziel doch noch erreichen. Unter keinen Umständen werden wir unsere Forderung streichen.“

„Gibt es schon viel Geld unter Euch?“ fragt unsere Genossin weiter.

„Ja, sehr viel“, erwiderte Barnes. „Die Lage der Arbeiter ist schauerhaft. Aber ihr Verhalten ist ausgezeichnet. Der Winter ist schon eingezogen und die Kinder sind hungrig. Trotzdem sind wir noch voller Kampfeslust, das melden Sie auch dem „Vorwärts“.“

Dann sprach dieser Mann, dem jede Sentimentalität fern liegt, von der großartigen, herabherzigen Hilfe, die ihnen aus allen Theilen der Welt, besonders aus Deutschland, geworden sei, und Thänen traten ihm in die Augen und erstiketen seine Stimme. Wenn unsere Genossin es gehört und gesehen hätten, sie würden nicht wandern — und ich weiß, sie werden es auch nicht — in der Unterstützung eines Kampfes, der ihr Kampf ist, der Kampf ihrer Klasse.

„Und ich wiederhole nochmals:

Was auch der Ausgang sein möge, der Sozialismus gewinnt in England. Diers und Siemens wissen nicht, wie geschäftig und erfolgreich sie dem Kapitalismus sein Grab graben helfen. Inmitten all' dieser Qualen und Leiden der Arbeiter ist der Gedanke ein Trost, daß das Schlußergebnis dieser „Zerschmetterung der Arbeiterverbände“ eine Zerschmetterung der Herrschaft des Kapitalismus sein wird.

Wenig läßt sich John Burns aus, der sich in hervorragender Weise an der Agitation für die Streikenden herbeigeht hat, indem er im ganzen Lande Duzende von Versammlungen abhielt. Es wird immer klarer, schreibt Burns in einem Briefe an „Daily Chronicle“, daß es den Unternehmern darum zu thun ist, die Gewerkschaften völlig lahm zu legen. Den Despotismus in der englischen Industrie einzuführen, so wie er in Deutschland üblich, wo der Unternehmer allein zu bestimmen hat, unter welchen Umständen gearbeitet werden soll, das ist ihr Ziel. Dies zu verhindern haben die Maschinenbauer den Kampf aufgenommen und seit 6 Monaten mit bewundernswerther Ausdauer und Opfermuth geführt.

Die Frage, ob die Arbeiter den Kampf weiter werden führen können, ist lediglich eine Frage des Geldes. Wird ihnen das in genügender Menge zur Verfügung stehen? Diese Frage glaubt Burns bejahen zu können, wenn nur alle Arbeiter ihre Pflicht thun, wie ein Theil sie bisher schon erfüllt hat. Die geplante Konferenz sämtlicher Gewerkschaften Großbritanniens sei notwendig, aber diese lasse sich nicht schnell genug zusammenbringen. Die einzelnen Gewerkschaften müßten sofort handeln.

„Sehen die Unternehmer“, so schließt Burns, „daß die gesamte Arbeiterschaft hinter den Kämpfenden steht, so ist

es immerhin noch möglich, daß sie einlenken. Sie stützen sich weniger auf ihre eigene Kraft, als auf die vermeintliche Schwäche der Arbeiter.“

Das Generalsekretariat der Maschinenbauer hat bereits an alle Vorstände der Gewerkschaften Englands und zum Theil des Auslandes ein Rundschreiben erlassen, in welchem es unter voller Anerkennung der bisher geleisteten Hilfe um weitere und noch ausgiebigere Unterstützung ersucht. Es heißt darin, daß die Arbeiter entschlossen seien, weiter zu kämpfen, selbst, wenn ihre Unterstützung etwas herabgesetzt werden müßte. Alle Gewerkschaften müßten hier zusammenstehen; es sei nicht mehr eine Sache der Maschinenbauer, sondern eine gemeinsame Sache der gesamten Arbeiterschaft.

Die öffentliche Meinung in England ist nach dem Bekannwerden der von den Unternehmern gestellten Bedingungen noch mehr zu Gunsten der Arbeiter umgeschlagen. Von großer Bedeutung für die Kämpfenden ist ferner die glückliche Wendung, welche der Konflikt in der Baumwoll-Industrie und derjenige der Eisenbahnen genommen hat. Die zwei starken und reichen Verbände der Eisenbahner und der Baumwollspinner werden mit ihren Zuschüssen nun nicht mehr geizen.

Was die deutsche Arbeiterschaft anlangt, so hat dieselbe den Maschinenbauern gegenüber ihr Solidaritätsgefühl in so großartiger Weise bekundet, daß wir kaum nöthig haben, hier dazu noch besonders auffordern zu müssen. Die deutschen Arbeiter werden begreifen, daß es jetzt gilt, die bedrohten Rechte der Arbeiter zu schützen. Die Gewerkschaftsbewegung in England, dem klassischen Lande der Gewerkschaften, ruiniert, heißt auch der deutschen Gewerkschaftsbewegung schweren Schaden zufügen. Die deutschen Arbeiter werden daher nicht aufhören, die tapferen Kämpfer zu unterstützen — in ihrem eigenen Interesse.

C. London, 18. Dezember.

Beeinflusst von dem von verschiedenen Seiten erlobenen Protest gegen die Forderungen der Unternehmer und von der bereits gegen Ende letzter Woche sich kundgebenden muthmaßlichen Abstimmung der Trades Unions haben sich die Unternehmer veranlaßt, durch ihren Sekretär ihre Vorschläge in der Presse in ein milderes Licht zu stellen, als sie wirklich sind. Auch der Oberst Dyer folgte am Freitag vor acht Tagen in demselben Style, setzte aber hinzu, daß es nicht die Trades Unions seien, die er bekämpfe, sondern das bereits zu einer Macht in den Reihen der Unionisten gewordene sozialistische Element. Das Resultat der Abstimmung der Trades Unions nöthigte die Unternehmer, die ganze Position einer weiteren Besprechung mit den Vertretern der Arbeiter zu unterwerfen. Es scheint, daß sich die Unternehmer bis jetzt eingelassen haben, daß die Arbeiter nur zu gewillt sind, die von ihnen gemachten Vorschläge anzunehmen, von ihren Führern aber darin gehindert werden. Die Abstimmung hat sie eines besseren belehrt; selbst die Trades Unions sind überrascht von den Zahlen.

Im Ganzen sind Stimmen abgegeben für die Vorschläge der Unternehmer: 752, dagegen 68,966. Davon fallen auf die U. S. C. (Maschinenbauer): 547 für, 53,877 gegen; Lokomotivbauer: 55 für, 4271 gegen; Maschinenarbeiter: 37 für, 3299 gegen; andere beteiligte Trades Unions: 38 für, 2491 gegen; Ausschüßende und Aussperrte, die keiner Union angehören: 75 für, 5038 gegen.

Am Dienstag, 14. Dezember, wurde die Konferenz wieder aufgenommen. Oberst Dyer erklärte den Delegierten nach seiner Auffassung die Meinung über die Vorschläge der Unternehmer, die mit einigen Modifikationen aus Folgendem ersichtlich:

„Der Unternehmerverband will die Trades Unions nicht in ihren Funktionen hindern und auch nicht in ihren Rechten, Statuten für ihre Mitglieder betreffend Arbeit und Arbeitslohn festzusetzen. Sie verzoehren sich jedoch, Mitbeteiligte zu sein, um die Statuten auszuführen und verwahren sich ebenfalls, daß irgend eine Trade Union direkt oder indirekt sich um die Arbeit oder den Arbeitslohn von Arbeitern kümmert, die nicht zu ihrer Union gehören. Der Unternehmerverband will nur, daß die Trades Unions sich nicht mit der Leitung der Geschäfte befassen. Außer diesem schlagen die Unternehmer Methoden vor, in Kooperation mit den Trades Unions den Arbeitslohn zu regeln, um in Zukunft Differenzen zu vermeiden. Ihr Erledigungsplan ist im Wesentlichen ein Kollektivvertrag zwischen dem Unternehmerverband und den Trades Unions (hat zwischen den einzelnen Arbeitgebern und den Trade Unions). Der ausdrückliche Charakter des Vertrages, den sie den Trades Unions vorlegen werden, wird als Antwort für diejenigen dienen, die da glauben, daß der Unternehmerverband die Trades Unions nicht anerkennen oder gar zerstören will.“

Diese Vorschläge sind einer Kommission, in die von jeder Seite 3 Mitglieder der Konferenz delegirt sind, unterbreitet worden, die dieselben am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag berathen hat, ohne jedoch zu einem endgültigen Resultat zu kommen. Die Konferenz ist vertagt worden, um die Abstimmung über die gemachten Aenderungen entgegenzunehmen. Die gemachten Aenderungen werden in nächster Nummer folgen.

Die Baumwollspinner haben der U. S. C. 10,000 Pfd. St. geliehen; ferner zahlen ihre Mitglieder 6 d per Woche zur Unterstützung derselben, was etwa 400 Pfd. St. ausmacht.

Eine Depesche der „Frankf. Ptz.“ vom 18. Dezember meldet: Ein vorläufiges Abkommen zwischen beiden Parteien ist nun erzielt. Alle Streitpunkte wurden nochmals durchgesprochen und in fast allen haben die Maschinenbauer viel günstigere Bedingungen erreicht, als bei der letzten Vertagung der Konferenz von den Unternehmern gefordert waren. Betreffs der Regelung der Arbeitsbedingungen im Allgemeinen ist ein Eingreifen der Trades Unions zugestanden, und wenn im Allgemeinen Streit entsteht. Bezüglich des Stücklohns wurde abgemacht, daß der den Arbeitern daraus erwachsende Verdienst nicht niedriger sein darf, als bei dem angeblichen Taglohn. Die Uederszeit auf 40 Stunden wurde auf 4 Wochen festgesetzt. Bezüglich der Höhe der Lohnsätze haben die Trades Unions das Recht, den Unternehmern Vorschläge zu machen. Dehufß Vermeidung von Streitigkeiten überhaupt wurde ein bestimmtes Abkommen getroffen, wie die Unternehmer und

\*) Wegen Dringlichkeit dieses Artikels mußte der Schluß des „Situations- und Thätigkeitsberichts des Vertrauensmannes für Brandenburg und Pommern“ für nächste Nummer zurückgestellt werden.

\*\*) Es ist möglich, daß wir insofern irren, als Kaufmann etwa nicht Vorsitzender ist, jedenfalls ist er aber ein einflußreiches Mitglied.

die Trades Unions jene gemeinsam schlichten sollen. Ueber die Achtstundensfrage kam man dagegen zu gar keiner Einigung. Die Maschinenbauer schlugen ein Schiedsgericht darüber vor und dann ein Kompromiß mit 51 Wochenstunden, aber die Unternehmer erklärten, in keine Herabsetzung der Arbeitszeit willigen zu können. Weil über diese Frage keine Einigung erzielt wurde, erklärten die Vertreter der Maschinenbauer, daß die sämtlichen Punkte des Abkommens den letzteren zur Abstimmung darüber vorgelegt werden müßten. Die Konferenz vertagte sich hierauf. Das Resultat der Abstimmung wird bis Dienstag erwartet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der für die englischen Maschinenbauer aufgetragenen Unterstützungsbeiträge geben wir bekannt, daß Gelder nach wie vor an die Adresse des Hauptkassiers

Ch. Werner, Stuttgart, Hedlarstr. 160, zu senden sind und stets auf den Postabschnitten der Zweck der Sendung anzugeben ist.

Wir machen ferner die Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten darauf aufmerksam, daß mit dem 31. Dezember auch das Geschäftsjahr des Verbandes schließt. Wir ersuchen daher, alle Verbandsgelder, welche noch für dieses Jahr verrechnet werden sollen, so zeitig abzusenden, daß sie spätestens am 31. Dezember in Händen des Hauptkassiers sind und von diesem noch für dieses Jahr verrechnet werden können.

Ebenso ersuchen wir, um unsererseits die spezifizirte Jahresabrechnung möglichst bald zusammenstellen zu können, die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten, ihre Abrechnungen vom 4. Quartal sofort nach Quartalschluß fertig zu stellen und uns bis spätestens zum 15. Januar 1898 zuzustellen. Gegen Verwaltungen und Bevollmächtigte, die dieser Aufforderung nicht pünktlich nachkommen, wird unmissverständlich mit Revision der Geschäftsführung vorgegangen werden.

Sodann beabsichtigen wir, in diesem Jahre festzustellen, wie hoch sich die Mitgliederzahl in den einzelnen Berufsstellen und liegt es auch hier im Interesse der Genauigkeit unserer Anstellungen, wenn jedes Verwaltungsmittglied dafür sorgt, daß die von uns den Verwaltungen im Laufe dieser Woche zugesendeten Fragebogen umgehend ausgefüllt und eingekandt werden.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- 75686 des Metallbrüders Wilhelm Musfeld, geb. zu Mühlbach am 9. Juni 1869.
117105 des Schlossers Hermann Geiffen, geb. zu Bremen am 25. Juli 1875.
123055 des Schloßers Heinrich Kuhl, geb. zu Altona am 17. September 1877.
121023 des Drehers Hermann Gatzsch, geb. zu Grimma i. S. am 21. März 1864.
172291 des Schlossers Karl Möder, geb. zu Lantbach am 4. März 1870.
169292 des Schlossers Alfred Fischerich, geb. zu Waldenburg am 18. September 1873.
155626 des Drehers Emil Auriß, geb. zu Weisboch am 12. Januar 1875.
183682 P. P. M. Greve, geb. zu Horne (Dänemark) am 25. März 1872.
57313 des Formers Gustav Hanke, geb. zu Tilkendorf am 30. Juni 1875.
188863 des Schmiedes Paul Harburt, geb. zu Schönwalde am 26. Januar 1876.
192390 des Nagelers Wilhelm Krüger, geb. zu Luchland am 22. Mai.
182948 des Schlossers Willy Gropengieser, geb. zu Hamburg-Land am 27. April 1880.
133554 des Formers Karl Müller, geb. zu Geggenna am 3. März 1868.

Ausgeschlossen, bezw. nicht wiederannahmefähig in den Verband ist nach § 3 Abs. 7a und b des Statuts auf Antrag der Verwaltungsstelle Hannover der Schlosser Paul Störupa, geb. am 29. Juni 1860 zu Fittow, S. Nr. 76 032, wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Hedlarstraße 160, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialen Gruß

Der Vorstand.

Das Mitglied Josef Breuner, geb. zu Mäglingen am 15. Oktober 1873, Buch Nr. 149 388, wird hierdurch um Angabe seiner Adresse gebeten.

Das Gleiche gilt von dem Formner Martin Strefler, seinerzeitigen Kassier der ehemaligen Verwaltungsstelle Tübingen und dem Formner Max Jonas aus Schwabmühl.

Diejenigen Verwaltungen und Mitglieder, die zur Ermittlung derselben beitragen können, werden gebeten, dies zu thun.

Korrespondenzen.

Formner.

Hürberg. Am 11. Dezember hielt die Sektion der Formner des D. M. V. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: R. Breitich als 1. Bevollmächtigter, Adolf Geuß genannt Eitrich als 2. Bevollmächtigter, Sammer als Kassier, Jakob Epstein, Bachmann und Schilling als Revisoren. Dann wurden die Differenzen in der Beschäftigung der Formner, sowie das Verhalten des Gießmeisters Leidig besprochen. Vor langer

Zeit wurde bei der Firma Beck Herr Leidig aus Mannheim als Gießmeister angestellt. Als erste Aufgabe stellte sich derselbe sofort: Neue Einrichtungen zu schaffen im Schablonenformieren, die älteren Arbeiter, welche seit Jahren diese Arbeit verrichteten, hieron zu verdrängen und junge Leute selbst anzulernen, um die Gießstücke bedeutend billiger herstellen zu können. Daß Herr Leidig in der Preisdrückerei bewandert ist, das beweist schon, daß er einem Formner für eine vierläufige Seilgöbe von nahezu 3 Meter Durchmesser nach Schablone (wobei er natürlich selbst mithalf) 28 M schrieb; ferner zwei älteren Formnern für eine vierläufige Seilgöbe von 3,20 Meter Durchmesser mit hohen Armen 110 M, für eine Dampfmaschinenführung von nahezu 60 Zentner Gewicht 80 M. Bei Reklamationen über derartige Bezahlungen tröstet Herr Leidig immer: Wo anders wird das nicht einmal bezahlt. Ebenso besigt er die Gewohnheit, bei Abgabe von Modellen an die Formner die Anfertigung zu gebrauchen: da und da wird das Stück in der Zeit gemacht und bezahlt so und so viel. Herr Leidig vergißt aber vollständig, dabei die Einrichtungen in Betracht zu ziehen. Auch wurde ein 53 Jahre alter Formner, welcher seit 8 Jahren zur Zufriedenheit bei der Firma Beck gearbeitet hatte, und jetzt wegen eines mißrathenen Stückes mit Herrn Leidig in Konflikt gerieth und dabei denselben mit Du anredete (der Formner und Herr Leidig haben früher zusammen gearbeitet), sofort entlassen. Dasselbe Schicksal war schon mehreren anderen älteren Formnern angedroht. Noch ging Meister Leidig darauf aus, den festen Akkord einzuführen, indem er einem Formner, welcher früher schon bei der Firma arbeitete, mit den Worten einstellte: „Ihren gehaltenen Taglohn kann ich Ihnen nicht garantiren, je mehr Sie arbeiten, desto mehr verdienen Sie, auch bis zu 10 M pro Tag können Sie steigen. Dem, wie es mit diesen 10 M pro Tag aussieht, darüber sind sich die Hürberger Formner klar und wohl auch andere Kollegen. Auch anderen Kollegen wurde der feste Akkord von Herrn Leidig angeboten. Auch die Behandlungsweise des Herrn Leidig gegenüber sämtlichen Gießereiarbeitern bot Veranlassung zu einer Werkstattversammlung. In derselben wurden oben angeführte Fälle und noch mehrere jeizens der Arbeiter klar gelegt und hierauf beschloßen, eine Kommission zu wählen, welche mit dem Prinzipal, Herrn Müller, über diese Verhältnisse zu unterhandeln habe, um Abhilfe zu schaffen. In gleicher Zeit wurde auch die Sperrre über genannte Gießerei verhängt. Der nun vorstellig gewordenen Kommission wurde alles Bedingte wohl versprochen; jedoch Herrn Meister Leidig schien das nicht recht zu behagen, weshalb auch die Sperrre trotzdem verhängt blieb. Hierüber beklagte sich Herr Müller bei der Kommission mehrmals und sah man sich veranlaßt, abermals eine Werkstattversammlung einzuberufen und Herrn Meister Leidig brieflich hierzu einzuladen. Derselbe erschien am 2. und wurde ihm über oben Angeführtes vollständig Bericht gemacht. Leidig suchte wohl einige Punkte anders darzustellen, jedoch verwickelte sich derselbe immer zu seinen Ungunsten. Hierauf wurde eine Resolution von der Werkstattversammlung angenommen, welche fordert: 1) daß der Schiedsgerichtsstand vom 6. Februar 1894 unbedingt einzubehalten sei betrefse der Grundbedingungen der Akkordarbeit. Ebenfalls dürfen keinerlei Abzüge für früher mißrathene Stücke gemacht werden; der festgesetzte Akkordverdienst für jedes gefertigte Stück muß ausbezahlt werden. 2) Von der Entlassung älterer Arbeiter muß Abstand genommen werden. 3) Bei Einführung neuer Arbeitermethoden seien ältere erfahrene Arbeiter beizubehalten; ebenfalls ist im Interesse der Firma „humanere Behandlung“ zu erwarten. — Diese Resolution wurde Herrn Müller vorgelegt und derselbe bewilligte auch das Verlangen und bedenkete zu gleicher Zeit, daß Herr Meister Leidig am 1. Januar die Werkstätte verlassen wird. Nachdem steht die Werkstatt die Differenzen für erledigt an und hebt die Sperrre auf. Ebenfalls spricht sie den Kollegen bei Beck für das jezt Zusammenhalten und vollständige Ausdauer die Anerkennung aus. — Es liegen noch mehrere Werkstattdifferenzen vor, dieselben können aber nicht erledigt werden, da trotz mehrmaliger Aufforderung die Kollegen es nicht der Mühe werth gefunden haben, in der Werkstatt zu erscheinen. Denselben sei empfohlen, den Beck'schen Kollegen nachzugehen. Weiter wird beschloßen: Die Bibliothek wie bisher beim Bevollmächtigten, Kollegen Breitich, Wirtshaus zum „Schönen Engel“, Glashammer, zu belassen. Bibliotheksbesucher können zu jeder Zeit in Empfang genommen werden. Auch soll ein Vergnügen während der Fabrikarbeitszeit bei Kollege Breitich abgehalten werden. Hierzu wird eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Wenzel-Gitrich, Sammer, Jägle, Trost und Däferdit gewählt, welche das Nähere zu besorgen hat.

Zentrale. Wegen Reglerelung und Lohnifferenzen haben sämtliche Formner und Berufsgeoffen ihre Kündigung eingereicht.

Selbstgießer und Gütler.

Hamburg. D. M. V. Sektion der Selbstgießer, Gütler etc. Mitgliederversammlung am 1. Dez. Dembe berichtete vom Gewerkschaftsrath, näher auf die vorgelegten Regulativänderungen eingehend. Auch wurde die Broschüre: „Die Kamme als Industriekette“ empfohlen, welche zum Preise von 50 J beim Vorstehenden bestellt werden kann. — Hierauf steht abermals unsere Statistik zur Verhandlung. Kollege Mer von der Statistikkommission führte ungefähres Folgendes aus: Man kann mit Recht sagen, daß der Werth einer von den Arbeitern unternommenen Aktion demnach bemessen werden kann, wie dieselbe im Lager der Fabrikanten aufgenommen wird. Daß dieselben in Aufregung über unsere Statistik gerathen sind, beweist nur, daß der Hieb in dieser Richtung getroffen hat. Daß wir die Zusammenfassung der an der Statistik beteiligten Arbeiter nach Wertheilen vorgenommen haben, das ist es gerade, was den Herren Fabrikanten großen Kummer bereitet; hätten wir uns mit der allgemeinen Verrechnung begnügt, dann hätte man sich überhaupt nicht um unsere Broschüre gekümmert. Es sind aber einige ergänzende Ausführungen notwendig, die hier Platz finden müssen; unsere Berechnungen stimmen mit den Lohnbüchern der Fabrikanten in einigen Fällen nicht überein. Wie geht das zu? Naturgemäß können wir für unsere Berechnungen nur die Lohn der Arbeiter zur Grundlage nehmen, die sich an der Statistik beteiligten. Schon dadurch kann eine Abweichung entstehen. Klagen über geringere Verdienste sind nur

da eingelaufen, wo es sich um die Statistik „Abwechsellnd Lohn und Akkord“ handelt. — Wir mußten, um eine Grundlage zu gewinnen, für alle Wertheilen eine Art der Berechnung vornehmen. Mit Recht sagten wir, daß bei „Abwechsellnd Lohn und Akkord“, halb Lohn und halb Akkord zu berechnen sei. Arbeiten nun die Kollegen mehr Akkord als Lohn, so stellt sich der Verdienst wahrnehmlich höher, was sich aber unserer Berechnung entzog. Ein Mitglied der Kommission hat sich durch Augenschein überzeugt, daß der Verdienst z. B. bei Bauer & Häfelbarth höher ist, als in der Statistik angegeben. Dergleichen ist es bei Gebr. Leser der Fall. Bauer & Häfelbarth beschwerten sich auch dem Kommissionsmitglied gegenüber, daß in der Statistik steht, es werden Abzüge vom Stücklohn gemacht. Seitens der Firma wurde erklärt, daß nur dann Abzüge gemacht worden seien, wenn die betreffenden Arbeiter damit einverstanden wären. (Fehlerkeit.) Einige kleine Berichtigungen mögen hier Platz finden: In den Wertheilen von Goldschmidt muß es bei den Drechern bei „Abwechsellnd Lohn- und Akkordarbeit“ heißen: M 29,50, Pl. M 3,12; und nicht wie in der Statistik steht, im Lohn M 29,50; bei Gebrüder Leser die bei Genning muß es nicht Mittagspaufe 1/2 St., sondern nur 1 St. heißen, während es bei Gold & Vogel heißen muß: Mittagspaufe 1 1/2 St. und nicht wie in der Statistik 1 St. Außerdem ist bei Bauer & Häfelbarth der Galvaniseur mit M 31 Verdienst nicht mit aufgeführt, ebenso fehlt der Drücker mit 36 M Verdienst; ein Bogen aus dieser Werkstatt mußte wegen ungenügender Ausfüllung zurückgestellt werden. — Es ist dies die erste Statistik, welche seit langer Zeit wieder aufgenommen ist und daß da kleine Fehler vorkommen, ist zu entschuldigen. Hierauf berichtete der Vorstehende, daß in der Fabrik von Geitell, Altona, Differenzen ausgebrochen wären. Die Ortsverwaltung wurde nicht erst benachrichtigt, weil die Zeit hierzu zu kurz war. Der Vorsitzende und ein Kollege G., wurden bei der Firma vorstellig, die Verkürzung der Frühstück- und Vesperpause nicht vorzunehmen und die bisherige halbständige beizubehalten. Die Herren zeigten Entgegenkommen und blies es bei den bisherigen Gewohnheiten, am andern Tage wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Aus diesem Anlaß ließen sich 15 Kollegen in den Verband aufnehmen, da sie den Werth der Organisation erkannt haben. — Hierauf wurde vom Vorstehenden ersucht, die Marken vom Streik der Hafnarbeiter, welche bis jezt nicht verkauft sind, abzuliefern, damit die Abrechnung erfolgen kann. Auch wurde ersucht, mit den Karten vom Wintervergütigen (am 4. Dezember bei Tütge) sofort abzurechnen. — Unsere Statistik ist zum Preise von 20 J beim Schriftführer zu erhalten, daselbst muß auch mit der Broschüre abgerechnet werden. Der Vorstehende ermahnte, den englischen Metallarbeitern auch fernerhin die Unterstützung in ihrer Bewegung nicht zu verweigern und nach besten Kräften auf die ausgegebenen Sammellisten zu zeichnen.

Hamburg.

Sektion der Klempner u. v. B. Mitgliederversammlung am 7. Dezember. Zum 1. Punkt berichtet Sch. über die Arbeiten der Kommission zur Ermittlung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier am Ort. Neben berichtet nach einigen einleitenden Bemerkungen das Ergebnis der an die Kommission zurückgelieferten Fragebogen, welches in Form einer Statistik zusammengestellt ist und kommt zum Schluß zur Ansicht, daß, wenn diese Statistik auch keine vollkommene ist, dennoch das gewonnene Material für die Ortsverwaltung ein gutes Nachschlagebuch für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der meisten größeren Werkstellen hier am Ort sei und wir dadurch für die entstandenen Kosten reichlich entschädigt seien. Mehrere Redner verpflichten dem bei, während der Vorstehende den thätigen Mitgliedern der Kommission den Dank der Versammlung ausdrückt. Zum zweiten Punkt wird zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten, an diese schließt sich die Wahl von Bezirkskassieren für die am 1. Januar in's Leben tretende Hauskassierung, verbunden mit Zeitungsbelegportage. Hierauf erstattete Kollege Sch. den Bericht der letzten Kartellitzung Unter „Verschiebenen“ macht der Vorstehende bekannt, daß Kollege Wösch auf Grund einer Anzeige von unserer Seite vom Schöffengericht II wegen Unterschlagung zu 14 Tagen Gefängniß des Betreffenden aus dem Metallarbeiter-Verband beim Hauptvorstand beantragt werden soll. Weiter macht der Vorstehende bekannt, daß die nächste Versammlung der Feiertage halber erst am 4. Januar 1898 stattfindet. Ferner wird beschloßen, daß die arbeitslosen Kollegen, welche vom 17. Dezember ab in unserem Arbeitsnachweis eingetragen sind, 3 M Weihnachtsgeschenk erhalten. Einer Anfrage von Kollegen Sch. entsprechend wird der Verlauf einer Lohnangelegenheit in einer hiesigen größeren Bauwerkstelle bekannt gegeben.

Metal-Arbeiter.

Säherleben. Am 11. Dezember hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab, die wie gewöhnlich sehr schwach besetzt war. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Herrn. Wahl als Bevollmächtigter, Gustav Hoff als Kassier, Gg. Hagerland als Schriftführer und die Kollegen Krause, Schneider und Schmalz als Revisoren. In „Verschiebenen“ wurde die Gleichgültigkeit der hiesigen Metallarbeiter kritisiert; trotz der großen Zahl der hiesigen Metallarbeiter zählt unsere Organisation hier nur sehr wenig Mitglieder.

Altona. D. M. V. Mitgliederversammlung am 6. Dezember. Nach Erstattung des Berichtes von der Konferenz wird ein Antrag der Ortsverwaltung, Aenderung der Zeitungsbelegportage, beraten. Die Ortsverwaltung beantragt, ein Mitglied zu wählen, welches sämtliche Zeitungen zu kolportiren und zu gleicher Zeit die Mitgliederbeiträge gegen entsprechende Befolgung einzulassiren hat. Der zweite Kassierer gibt eine Uebersicht über den Kostenpunkt des jetzigen Vertrauensmänner-systems und der Ortsverwaltung, und ist der Meinung, daß es bei einem Wochenbeitrage von 20 J nicht gut möglich sei, den betreffenden Kassierer mit 30 J zu belohnen. Einzelne Mitglieder wünschen, den Beitrag auf 25 J zu erhöhen. Mehrere sprechen sich entschieden gegen Erhöhung des Beitrages aus. Die Versammlung beschließt, den Antrag einer Kommission von 9 Mann zu überweisen, welche die Sache genau zu prüfen und in der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten hat. Abscham-

wurde die Ueberstundenarbeit besprochen. Mehrere Redner tabeln das Verhalten einzelner Kollegen, die sich förmlich um die Ueberstundenarbeit reifen und sich gegenseitig den Rang abzulassen suchen.

Berlin. Die Fortsetzung der Generalversammlung vom 21. November fand am 5. Dezember im „Zeepalast“ statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Regelung der Agitation für die Provinzen Brandenburg und Pommern. 2. Wahl des Bevollmächtigten, Wahl eines Revisors, Wahl von sechs Bibliothekaren. 3. An die Verwaltung gelangte Anträge. In letzter Versammlung waren die Kollegen Masfisch, Gienke und Schlegel als Kandidaten für das Amt des zweiten Bevollmächtigten vorgeschlagen und von dieser auch zur Wahl gestellt, die Wahl aber bis zur Fortsetzung der Generalversammlung vertagt worden. Auf Vorschlag Körsten's erklärte sich die Generalversammlung damit einverstanden, daß die Kandidatenliste weitergeführt werden solle; es wurde daraufhin als weiterer Kandidat noch Siegrist aufgestellt. Die Wahl geschah durch Stimmzettel mit absoluter Majorität, die Verkündung des Resultats erfolgte nach Erledigung des zweiten Punktes der Tagesordnung. Zum Punkt „Regelung der Agitation für die Provinzen Brandenburg und Pommern“ wurde von Vitfin der seiner Zeit gefasste Beschluß: „zur Agitation in den genannten Provinzen 4000 M pro Jahr beizusteuern“ und bis auf weiteres Hochdruck mit dem Posten des Vertrauensmannes weiter zu betreiben“, der Generalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet. Kollege Hochdruck erstattete zunächst Bericht über die bisher in den Provinzen entfaltete Thätigkeit. Dieselbe habe sich auf Einberufung von öffentlichen und Mitgliederversammlungen, Ertheilung von Instruktion an die verschiedenen Ortsverwaltungen und Aufnahme statistischer Erhebungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Betrieben der Provinzialstädte erstreckt, auch haben verschiedentlich Revisionen der einzelnen Verwaltungen stattfinden müssen. Es sei gelungen, aus den meisten Orten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu ermitteln; die Löhne sind bei 50 Prozent der Arbeiter unter 30 J und gehen runter bis auf 9 J pro Stunde. Durch die Agitation in der Provinz sind im letzten Halbjahre 7 neue Verwaltungsgesellen ins Leben getreten, die Zahl der Organisten betrage zwischen 10—15 Prozent. Durch gute Organisation sei es auch möglich gewesen, die Löhne in verschiedenen Orten in die Höhe zu drängen und zu halten. Die bisher als Lohnbrücker geltenden Kollegen würden bei höheren Löhnen in der Provinz sich ferner nicht mehr als Streikbrecher bei Ausständen in Berlin gebrauchen lassen. Es sei notwendig, daß man deswegen mit den Kollegen in der Provinz in enger Fühlung bleibe, die Zeitung selbst könne aber nur von einer Person geleitet werden, welche die Verhältnisse in der Provinz genau kennt. Hochdruck gab des Weiteren die Einnahmen und Ausgaben bekannt, welche die Agitation im zweiten und letzten Quartal erforderte. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der Gesamtortsverwaltung mit den Vertrauensleuten der einzelnen Branchen sei man einstimmig zu dem Beschluß gekommen, die Agitation in der Provinz noch energischer als bisher zu betreiben; die Mittel hierzu soll zur Hälfte, also im Höchstfalle 4000 M, die Ortsverwaltung Berlin tragen, und an Stelle der Agitationskommission einen Vertrauensmann einzusetzen, welcher die Agitation zu leiten habe, die Entschädigung desselben sei pro Arbeitstag auf 9 M und für die sonstige Thätigkeit in Berlin auf 5,50 M pro Tag festgesetzt. Hochdruck empfiehlt den Kollegen, weitere Beschlüsse über die fernere Gestaltung der Agitation in den Provinzen herbeizuführen. Vom Kollegen Cöhen wurde in der Diskussion bemängelt, daß ihm als Revisor nicht genügend Aufklärung über einige Ausgabeposten geworden sei, er wünsche, daß in dieser Beziehung die Versammlung für die Zukunft eine Regelung herbeiführen möge. Kollege Cöhen ist damit nicht einverstanden, daß man über die Thätigkeit des bisherigen Vertrauensmannes keine genügende Kontrolle ausüben in der Lage war, da dieser zugleich sein eigener Kassierer war. Bezüglich der Kosten sei er der Ansicht, daß diese zu hoch seien, da andere Verwaltungen hierfür weniger verausgaben und verweist in dieser Beziehung auf Nürnberg. Ferner wünsche er, daß andere größere Städte wie z. B. Stettin mehr zu den Kosten der Agitation herangezogen werden mögen. Beauftragt wurde von ihm, daß eine Kommission von 7 Personen gewählt werde, welche die nötigen Vorarbeiten zur Regelung der weiteren Agitation in den Provinzen in die Hand nehmen möge. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, eine Kommission, bestehend aus 5 Personen, zu wählen, welche die Vorarbeiten zur Regelung der Agitation in den Provinzen Brandenburg und Pommern übernehmen und der nächsten ordentlichen Generalversammlung weitere Vorschläge machen solle.“ Zu den Kosten wurden vorläufig 1000 M bewilligt. Die Kommission besteht aus den Kollegen Cöhen, Siegrist, Schaeffer, Gieschke und Hochdruck. Nimmehr wurde das Resultat der Wahl des zweiten Bevollmächtigten bekannt gegeben. Abgegeben waren 623 gültige, 13 ungültige Stimmzettel, davon erhielt Siegrist 327, Masfisch 132, Gienke 124 und Schlegel 40 Stimmen. Der erste Bevollmächtigte Vitfin nahm nun das Wort, um zu erklären, daß er auf Grund dieses Wahlergebnisses gezwungen sei, sein Amt niederzulegen. Den Kollegen Siegrist schätze er als einen ehrenhaften und braven Kollegen, aber diesem Posten sei derselbe nicht gewachsen. Durch die Eintheilung eines vierten Kollegen sollte für ihn als Bevollmächtigten eine Erleichterung geschaffen werden, dazu sei es aber nötig, einen tüchtigen mit der elastischen Kraft der Jugend ausgereifteren Kollegen zu erhalten. Da diese Möglichkeit durch die Wahl des Kollegen Siegrist ausgeschlossen und er doch in Zukunft die ganze Last und schwere Arbeit allein tragen müsse, bleibe ihm nichts weiter übrig, als seinen Posten als Bevollmächtigter niederzulegen. Auf Antrag Vitfin's wurde nimmehr beschlossen, am 19. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt stehe „Neuwahl des 1. Bevollmächtigten“, bis zu diesem Tage erklärt sich Vitfin bereit, die Geschäfte weiter zu führen. Als Revisor wurde noch Paul Kuna und zu Bibliothekaren Penning, Berger, Fischer, Kirchsche, Philipp und Eubasch gewählt. — Die Bibliothek befindet sich in der Judenstr. 35 und ist täglich von halb 8 bis 9 Uhr Abends geöffnet. Um rege Benutzung derselben wurde er sucht.

Crimmitschau. In der am 11. Dezember hier abgehaltenen gut besuchten Metallarbeiterversammlung referierte Redakteur Freyhe-Zwickau über die englische Arbeiter-

bewegung und den jetzigen Maschinenbauausstand. Eine Resolution, welche den Maschinenbauern volle Sympathie und materielle Unterstützung zusichert, fand einstimmige Annahme.

Cottbus. In der am 11. Dezember abgehaltenen Versammlung wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Paul Rose als Bevollmächtigter, Wilh. Jurisch als Kassierer, Wolff, Bogunke und Fuchs als Revisoren. Ferner wurden vier Kollegen zu Bezirkskassierern gewählt, welche auch die Zeitungsportage übernehmen. In „Verschiedenem“ wurden von einigen Kollegen der Cottbuser Maschinenfabrik die Mißstände, welche in der Gießerei herrschen, klargestellt; trotzdem die Forme zum größten Theil organisiert sind, konnten die Uebelstände noch nicht beseitigt werden, da bei vorgenommenen Werkstattversammlungen die Kollegen durch Abwesenheit glänzten. Wir ersuchen daher die Kollegen, zunächst die Mitgliederversammlungen zahlreicher zu besuchen. Frisch auf, Kollegen, tretet ein für eure Rechte!

Erlangen. Mitgliederversammlung des D. M. V. am 4. Dez. Die Quartalsrechnung ergab, daß die Beiträge gut eingegangen sind. Kollege Künstheim erstattete hierauf Bericht von der nordbayerischen Metallarbeiterkonferenz. Zur Werkstattfrage lagtein Material zur Diskussion vor und die Anregung, eine kritische Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzunehmen, wurde von den Kollegen für zwecklos gehalten, die Kollegen sollten sich nur mehr in die Versammlungen bemühen und die etwaigen Uebelstände zur Sprache bringen. Im „Verschiedenem“ kam die Frage: Wie sind die Mitglieder zum besseren Besuch der Versammlungen zu bewegen? zur Erörterung. Es wurde hervorgehoben, daß diejenigen Mechaniker, die den Klassenbündel noch nicht abgeschüttelt haben, der Vereinsmeierei hulbigen. Den Mitgliedern wurde noch auf's Herz gelegt, sich mehr wie bisher unserem Verband mit Wort und That zu widmen und die noch Feindschenden heranzuziehen.

Gröbisch. In einer kürzlich hier abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung sprach Genosse F. Siebert aus Nürnberg in einem 1 1/2 stündigen Vortrage über Die Gewerkschaft und ihre Bedeutung“. Dann wurde Kollege Eßchämning als Bevollmächtigter wiedergewählt. In der darauffolgenden Diskussion wurde der Antrag des Kollegen Feinmer, daß sich jedes organisierte Mitglied verpflichtet, bei Krankheit eines Kollegen, 10 J pro Woche zu zahlen, angenommen. Zum Schluß wurde noch eine Resolution, welche den streikenden Arbeitern und Arbeiterinnen der Schuhfabrik von W. Göge & C. Fischer finanzielle Unterstützung zusichert, einstimmig angenommen.

Hamburg-St. Georg. In der am 7. Dezember stattgefundenen Mitgliederversammlung theilte Doß mit, daß jede Sektion beim Zusammenfluß 5 Bezirkskassierer zu wählen hätte, auch muß von jeder Sektion eine Vertrauensperson in die Ortsverwaltung gewählt werden. Der Bevollmächtigte theilte noch mit, daß die Bezirkskassierer vom 1. Januar 1898 ab für jeden Sonntag Morgen 80 J erhalten würden. Gewählt wurden als Kassierer: Stiehmer, Otto, Wittbauer, Kretschmer und Wittmer. Zur Vertrauensperson wurde Kollege Huber vorgeschlagen. Unter „Verschiedenem“ theilte Doß mit, daß er bis Ende dieser Woche 350 M auf Sammelkästen von unserer Sektion an die englischen Arbeiter sandte.

Hirschberg i. Schl. In der letzten Mitgliederversammlung, die recht zahlreich besucht war, wurde, nachdem die Beiträge eingezogen und neue Mitglieder aufgenommen waren, in die Ortsverwaltung gewählt: als Bevollmächtigter Bruner, als Kassierer Witzel, als Revisoren Philipp und v. Horgeim, als Kontrolleur und zugleich Vertreter des Bevollmächtigten Rudolf. Der Bevollmächtigte berichtete sodann über den Stand der Parteifrage. Im Oktober vor. Jz. wurde die Parteifrage mit 7 Mitgliedern gegründet und jetzt haben wir es auf 41 gebracht. Wir hoffen, daß wir nächstes Jahr in doppelter Stärke dastehen. Ferner erwähnte er, daß der hiesige Ortsverein der Maschinen- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunker) in der künftigen Wahlperiode für die englischen Maschinenbauer pro Mitglied und Woche 5 J Extrabeitrag zu zahlen, sich ablehnend verhalten haben; er hat dabei zwei Mitglieder verloren, eines ist zu uns übergetreten. Man muß sagen, daß sich die Herren ein trauriges Zeugnis angeeignet haben, indem sie den englischen Kollegen freis als Mißer für die Hirsch-Dunker'schen hinstellen. Zum Schluß wurde noch beschlossen, der Agitationskommission in Breslau pro Vierteljahr und Mitglied 5 J zu zahlen. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, daß sich die Mitglieder immer so zahlreich an den Versammlungen beteiligen möchten, wie diesmal.

Hörde i. Westf. Am 28. November fand in Meier's Lokal eine Mitgliederversammlung des D. M. V. statt. Der erste Punkt war die Wahl eines Bevollmächtigten, da der bisherige sein Amt niederlegte, weil er von seinem Arbeitgeber gekündigt wurde. Der „Grund“, der hierfür angegeben wurde, läßt über durchblicken, daß er nur als Mittel zum Zweck benutzt wurde, um die Kündigung zu rechtfertigen. Weiter wurde die Frage angeregt, wie es kommt, daß die hiesigen Metallarbeiter sich so wenig um ihre Organisation kümmern. Man sprach die Ansicht aus, daß die Zucht, entlassen zu werden, der Hauptgrund sei. Die örtliche Verwaltung ist anderer Meinung. Wüßen doch die Metallarbeiter Hördes den Kollegen Theodor Mann fragen, wie ihm geht, da er jedenfalls die Stadt, wo er Jahre lang gearbeitet hat, verlassen muß, zu Muth ist. Er wird antworten: Nur nicht ängstlich, wir werden nicht verderben, denn 1/4 Stunden von Hörde rauden die Fabrikschornsteine auch. Zum Schluß wurde aufgefodert, dahin zu wirken, daß die uns noch fernstehenden Kollegen sich dem D. M. V. und der Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter anschließen. Die Mitgliederversammlungen finden jeden 2. und 4. Sonntag im Monat statt.

Kollar. In der Versammlung am 14. Dezember wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Formner Jakob Hornel als Bevollmächtigter, Formner Julius Volte als Kassierer, Formner Heinrich Kaiser als Schriftführer, die Schlosser Johannes Schupp und Heinrich Müller als Revisoren. Dann wurde bekannt gegeben, daß die Mitgliedsbücher an den Kassierer noch vor Weihnachten abzuliefern seien. Ferner wurde beschlossen, eine Sammlung unter den Arbeitern der Raimweierhütte zu veranstalten behufs Anschaffung eines neuen künstlichen Beines für unseren früher verunglückten Kollegen W. Rehr.

Leipzig-Lindenau. Zwei sehr gut besuchte Versammlungen von Metallarbeitern wurden in kurzer Reihenfolge

vom Agitationskomitee der Metallarbeiter Leipzig-West einberufen, über deren Verlauf wir auch die auswertigen Kollegen in Kenntniß setzen wollen. Die erste, welche von ungefähr 800—1000 Personen besucht war, wurde im „Felsenkeller“ zu Leipzig-Plagwitz abgehalten. Die Tagesordnung lautete: „Die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer, insbesondere der Firma Rudolf Sack und die bestehenden Mißstände daselbst.“ Das Referat hatte Kollege Scheib übernommen. In einem fünfviertelstündigen Vortrage beleuchtete er eingehend und sachlich die Bestrebungen der Unternehmer innerhalb der Fabriken, wo die Gewinnucht derselben oftmals dazu führt, daß nicht einmal die notwendigen Schutzvorrichtungen getroffen werden, die zur Erhaltung der Gesundheit der Arbeiter notwendig seien und auch durch die Gewerbeordnung sogar theilweise vorgeschrieben werden. Er kritisiert auch das Verhalten der Unternehmer bei Lohnauflagen und Lohnkämpfen. Die Behandlung in den Fabriken lasse viel zu wünschen übrig, auch geniere man sich nicht, die Arbeiter durch eine Unmenge von Ueberstunden zu belästigen, trotzdem hervorragende Autoritäten schon gegen die übermäßige Arbeitszeit eingetreten seien. Auch in unserer Metallarbeiterbranche sehe es hier in Leipzig noch sehr traurig aus. Redner führt Beispiele an, daß in hiesigen Fabriken Dreher eine Arbeitszeit von 106 Stunden wöchentlich zu verzeichnen gehabt haben. Daß das zur Degeneration des heutigen Menschengeschlechtes beitragen muß, sei selbstverständlich. Gegen derartige Uebelstände aufzutreten hätten die Kollegen alle Ursache. Aber nicht bloß innerhalb der Fabriken zeige sich die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer, auch außerhalb derselben suchen diese Herren die Arbeiter zu beeinträchtigen. Das Unternehmertum veruche es, die Rechte der Arbeiter zu schmälern und die Lasten des Staats auf das Proletariat abzuwälzen. Auch veruche man noch den Arbeitern Vorschriften zu machen, welchen Vereinigungen man sich außerhalb anzuschließen habe. Der „Arbeiterfreund“ werde den Arbeitern in den Fabriken aufgetrieben, auch wird Deklamation für den evangel. Arbeiterverein und für die Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine seitens der Beamten gemacht; dies letztere treffe insbesondere bei der Firma Rudolf Sack mit zu. Aber trotzdem, daß hier der evangelische Arbeiterverein seine Heimstätte und derselbe die christliche Nächstenliebe am Schilde führe, sehe es gerade in dieser Fabrik nicht zum Besten aus. Verschiedene Bestimmungen über die vorgeschriebenen Verhältnisse in den Fabriken werden außer Acht gelassen. In der Gießerei seien die Wege so mangelhaft, daß die Gefahr von Unfällen vorhanden sei; die in Nachtschicht arbeitenden Kollegen seien in die Lage versetzt, sich auf dem Hofe den Kopf einzurennen, da nicht ein bißchen Rast vorhanden sei, auch sei es vorgekommen, daß im Winter der Formfund bei dem Thorweg gefroren sei. Dieses Alles ging noch an, aber daß Kollegen, die ihre Prüftüchelpaare überschritten haben, einfach auf's Straßenpflaster gelegt werden, trotzdem daß einer davon schon nahe 12 Jahre seine Arbeitskraft diesem Unternehmer geopfert habe, das beweist die Arbeiterfreundlichkeit der Firma im besten Lichte, desgleichen aber auch die darin geschehene Nächstenliebe. Ein anderer Arbeiter habe ähnliche Schicksale erleben müssen, trotz seiner 18jährigen Thätigkeit, er wurde zur Strafe für ein Versehen an eine andere Arbeit gestellt, wo er im Verdienst mindestens ein Drittel gehaltener wurde. Das, dürfte der Referent aus, seien Zustände, die die Arbeiter nicht anerkennen können. Er fordere daher die anwesenden Kollegen auf, endlich sich von den evangelischen Arbeitervereinen abzusondern, sich der gewerkschaftlichen Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, anzuschließen und auch dafür mit einzutreten; daß in die Parlamente Leute gewählt werden, die gereigt sind, für genügenden Schutz der Arbeiter Sorge zu tragen. Dies letztere betheiligten allerdings einzig und allein die Sozialdemokraten. Lebhafter Beifall wurde dem Referenten für seine Ausführungen zu Theil. Trotzdem, daß die Beamten und der Inhaber der Firma Sack brieflich eingeladen waren, mochte sich keiner der Herren zum Worte melden. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten von verschiedenen Arbeitern, die früher dort beschäftigt waren, bestätigt. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde auf die Maschinenbauervereinigung in England hingewiesen. Hierzu meldete sich denn endlich ein Meister Beinhardt von der Firma Sack zum Wort, um gegen die Ausführungen des Referenten in Bezug auf die evangelischen Arbeitervereine zu polemisieren. Derselbe wurde aber durch die nachfolgenden Redner eines Besseren belehrt, so daß er für längere Zeit schweigen dürfte. — Die zweite von 500—600 Personen besetzte Werkstattversammlung tagte am 3. Dezember im Saale der „Gesellschaftshalle“ zu Lindenau. Ueber „Die Lage der Metallarbeiter unter Berücksichtigung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei den Firmen Schelter u. Gieseke und Uhrig u. Kiebig“ referirte Kollege Wöhle. Derselbe schilderte klar und verständlich die in Fabriken herrschenden Uebelstände, kritisierte das Stolonenwesen und das herrschende Strafsystem, ging dann auf die Lohnverhältnisse in den verschiedenen Fabriken über und kam hierbei auch auf die Lohnkämpfe der Arbeiter zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit hob er den Vortheil hervor, den die Arbeitgeber durch das Einschreiten der Behörden bei den Streiks haben, während die Arbeiter unter der Ungunst leiden müßten. Hier wurde dem Referenten das Wort entzogen. Kollege Scheib ergänzte die Ausführungen, ging insbesondere auf die Verhältnisse, die in den oben genannten Fabriken existiren, ein; er betonte, daß es nicht allein die bestehenden Mißstände wären, die das Agitationskomitee berantacht hätten, diese Werkstattversammlungen abzuhalten und diese Firmen zu behandeln; es sei auch die Klauheit der Kollegen gegen ihre gewerkschaftliche Organisation die Veranlassung. Wenn auch die Lohnverhältnisse und die Arbeitsverhältnisse in den beiden Fabriken noch nicht die schlechtesten in Leipzig seien, so hätten doch die Kollegen Ursache, sich ihrer Organisation, dem Verband anzuschließen, denn sehr leicht könnten durch die Klauheit noch schlimmere Verhältnisse einreisen. Er fordere sie auf, Schulter an Schulter mitzukämpfen und einzutreten für die gerechte Sache der Arbeiter. Auch sei es an der Zeit bei der Firma Schelter u. Gieseke das Strafsystem abzuschaffen, das die Möglichkeit gibt, in einer Woche 8 M Strafe bezahlen zu müssen. Der Lohn bei Uhrig u. Kiebig 28, 33—35 J die Stunde, sei jedenfalls auch nicht zu hoch zu nennen. Hierauf meldete sich der Meister Geyer von der Firma Schelter u. Gieseke um's Wort. Derselbe wollte

nicht zugeben, daß schon Strafen im Betrage von 9 M gezahlt worden wären, worauf Kollege Scheib demselben erwiderte, daß er bloß von der Möglichkeit gesprochen habe und daß diese Möglichkeit vorhanden sei, werde Herr Meyer nicht bestreiten können.

**Neckarau.** Am 28. November fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Genosse Wittig-Mannheim sprach über Unternehmer- und Arbeiterorganisation. Da sich auf Anfrage kein Gegner zum Wort meldete, führte Kollege Schleich die große Interesselosigkeit der Arbeiter an, welche ganz besonders in Neckarau zu beklagen sei.

**Spremberg.** In der Mitgliederversammlung des D. M.-V. am 11. Dezember wurde die bisherige Verwaltung wiedergewählt. Zu Delegierten in das Gewerkschaftskartell wurden Manns und Klimenten gewählt. Dann brachte ein Kollege die Mißstände in der Schlosserei von F. Gebhart zur Sprache. Dasselbe beträgt die Arbeitszeit 65 1/2 Stunden pro Woche, wofür ein Lohn von 12 M bezahlt wird.

**Wald (Rheinland).** Die Firma Breuer & Schmitz hat vorige Woche unsere Kollegen auf's Pfaster geworfen. In dieser Fabrik sind in der Maschinenbauwerkstätte fast alle Kollegen organisiert und besorgen auch das nötige Rückgrat, um nicht erstickend in Dummheit alle Maßregeln des Fabrikanten über sich ergehen zu lassen. Daß dieser Umstand dem Fabrikanten längst ein Dorn im Auge war, trocknen er tüchtige Arbeiter auch in unserem Verbandsorgan suchte, war uns Allen wohl bekannt.

**Wald i. S.** Am 11. Dezember fand im Restaurant "Belvedere" eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche Stellung zu den Vorkommnissen in der Fahrradfabrik von Carl Wolf & Söhne nahm. Gewisse Fabrik hatte nämlich ihre Arbeiter nach Leipzig zur Anstellung gesucht, wogegen ja es und für sich nichts einzuwenden ist. Aber der Verdacht kommt hinterher, indem von unbekannter Seite, angeblich von Arbeitern des betr. Establishments, ein sog. Donnerschein im hiesigen "Lageblatt" erschien.

Der ersten Bericht im "Sächs. Volksbl." an, sondern es existieren noch viel traurigere Zustände in betr. Fabrik, welche demnach in der Presse oder öffentlichen Versammlung bekannt gemacht werden sollen. — Als Bevollmächtigter wurde Wilhelm Winkler gegen eine Stimme in Vorschlag gebracht.

**Feilenhauer.**

**Budapest.** Der Zustand hier bei Stefan Gaal dauert fort. Trotzdem Herr Gaal 20 Stück Streifbrecher hat, ist er noch nicht zufrieden, denn er hat selbst die Neuerung gethan; jetzt hat ich den Schweinefall beisammen, so alte Hürschen, und können noch keine ordentliche Feile hauen. Aber er behält sie doch, obwohl er höchstens 10—12 Mann braucht.

**An die Metallarbeiter des Herzogthums Anhalt und der Provinz Sachsen!**

Die Konferenz, welche im November d. J. in Dessau tagte, beauftragte Magdeburg, die Leitung der Agitation in die Hand zu nehmen. Die hiesigen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben nun meine Person mit der Arbeit betraut. Da es bei der Agitation vortheilhaft ist, so viel Fühlung wie möglich zu haben, so bitte ich, daß sich die Kollegen gegebenen Falls meiner Adresse bedienen.

Der Vertrauensmann für Anhalt und die Provinz Sachsen: **Otto Wolf**, Magdeburg-Wilhelmsstadt, Annastr. 23 S. I. II.

**Vermischtes.**

**Zur Verbesserung des Submissionswesens** stellte im Gothaischen Landtage die sozialdemokratische Fraktion folgende Anträge:

Der Landtag wolle beschließen: Die herzogliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage noch in seiner gegenwärtigen Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem 1. die Gehalts- und Lohnverhältnisse der unteren Klasse der Staatsbeamten und staatlichen Arbeiter eine Verbesserung in der Richtung erfahren, daß die Gehälter bezw. Löhne derselben nicht unter 3 M pro Tag bei zehnstündiger Arbeit betragen. 2. Bei Vergeltung von staatlichen bezw. öffentlichen Arbeiten sind, soweit dieselben nicht direkt an Arbeiterkorporationen vergeben werden können, den Unternehmern folgende Bedingungen zu stellen: 1. Dem Unternehmer liegt die Verpflichtung ob, an seine Arbeiter keinen niedrigeren Lohn zu zahlen, als an gelernte Handwerker 35 S, an Handarbeiter 30 S pro Stunde.

Für diesmal wird auf Annahme des Antrages wohl noch nicht zu rechnen sein. Denn auch im Gothaischen Landtag haben die Sachwalter des Kapitals die Majorität.

**Litterarisches.**

**Berichtigung.** In der litterarischen Notiz in Nr. 51 mag es in Zeile 10 interessante statt "internationale" Seite heißen.

**Verbands-Anzeigen.**

**Mitglieder-Versammlungen.**

- Bitterfeld.** Alle 14 Tage Sonntags im Restaurant zur "Eisenbahn".
- Crefeld.** Freitag, 31. Dez. Vortrag. Die Gewerbegebiete und ihre Bedeutung. Gewerkschaftliches.
- Gießen.** Montag, 27. Dez. Vorm. halb 10 Uhr.
- Greiz i. P.** Samstag, 8. Jan., in Klant's Lokal. Vortrag eines Kollegen. Renowahl der Ortsverwaltung.
- Hamburg.** (Sektion der Klempner u. v. B.) Am 4. Januar, Abds. 9 Uhr, bei Hüner, Gänsemarkt 35.
- Karlsruhe.** (Allg.) Sonntag, 2. Jan., Nachm. halb 3 Uhr, bei Kalnbach. Jahresbericht und Renowahl der Ortsverwaltung.
- Karlsruhe.** (Sektion der Schmiede.) Sonntag, den 26. Dez., Vorm. 9 Uhr, in der "Eiche".
- Leipzig.** Jeden ersten Sonntag im Monat.
- Leipzig.** (Sektion der Schmiede u. v. B.) Sonntag, 2. Jan., Nachm. punkt 2 Uhr, im "Farnenthal". Jahresbericht des Vorstands und des Bevollmächtigten. Renowahl der Ortsverwaltung.
- Oldenburg.** Am 28. Dez. bei Seiml.

- Offenbach.** (Allg.) Montag, 27. Dez., Vorm. 10 Uhr, in "Stadt Heidelberg". Kartellbericht. Gewerbevereinswahl. Lokalfrage.
- Rosenheim.** Die Versammlungen finden alle 14 Tage Sonntag Morgens 10 Uhr im "Weihenstephan" statt.
- Rostock.** Nächste Versammlung nicht 1., sondern 8. Januar. Abrechnung. Jahresbericht.
- Rosslau.** Dienstag, 28. Dez., Abds. 8 Uhr, bei Schreiber, Feldstr. 34.
- Stuttgart.** (Sektion der Feilmechaniker, Elektriker u.) Donnerstag, 30. Dez., Abds. 8 Uhr, im Lokal, Hauptstr. 9.

**Worms.** Der Klempner Jean Wilken, B. Nr. 171 120, geb. zu Ulm, wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Desgl. der Dreher Joh. Koll aus Hamm, B. Nr. 74 889. — Der Klempner Matwald aus Schlessen wird aufgefordert, zur Entgegennahme einer ihm vor 5 Jahren gerichtlich zugelassenen Summe von 37 M seine Adresse der Ortsverwaltung mitzutheilen.

**Brandenburg.** Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Herberge vom 1. Januar 1898 ab Wollentweberstraße 3 in der "Zentralherberge" bei Herrn Weidner befindet. Restgeld wird ebenfalls dort ausbezahlt.

**Crefeld.** Samstag, 1. Jan., Familienfest, bestehend in deklamatorischen Vorträgen und Weihnachtsbesprechung.

**Darmstadt.** Samstag, 25. Dez., Christbaumbesprechung bei Kollege W. Müller (Wirtschaft zur "Altstadt"), Schulzengasse 3. Der Ueberreiß ist für die streikenden Maschinenbauer in England bestimmt.

**Karlsruhe.** (Allg.) Sonntag, 26. Dez., Vorm. 10 Uhr, Beitragseinzahlung bei Kalnbach. Auch ist an diesem Sonntag die Bibliothek wieder geöffnet.

**Karlsruhe.** (Sektion der Schmiede.) Am Neujahrstag, Abds. 8 Uhr, in der "Eiche", Augartenstr., Weihnachtsfeier.

**Karlsruhe-Mühlburg.** Samstag, 25. Dez., Abds. 7 Uhr, im "Nitter", Weihnachtsfeier.

**Ludwigshafen a. Rh.** (Gewerkschaftl. Agitationsverein Ludwigshafen a. Rh.) Sämtliche hier durchreisende Kollegen werden dringend ersucht, in der Zentralherberge "Gasthaus zum Trifels", Bismarckstr. 1, zu verkehren, wofür auch die Fachblätter sämtlicher Organisationen auflegen.

**Leipzig.** An die Einzelmitglieder von Leipzig und Umgegend richtet Unterzeichneter die dringende Bitte, die Mitgliedsbücher zur Abstempelung bis zum 31. Dez. einzuliefern. Das Bureau ist täglich von 9—1 und 4—8 Uhr geöffnet. Otto Reibe, Bevolm., "Coburger Hof".

**Mannheim.** Der Schlosser Georg Schlinger aus Frankenthal und der Eisenblechhauer Gottlieb Becker aus Cannstatt werden um Angabe ihrer Adresse ersucht. Hr. Schneider, Bevolm., Mannheim, R. 6, 2.

**Memmingen.** Am 31. Dezbr., Unterhaltung mit Musik.

**Mühlhausen.** Der Dreher Max Günther, geb. in Elbing, B. Nr. 135 850, eingetr. in Elbing und der Dreher Johann Wührmann, geb. in Zürich, B. Nr. 179 599, eingetret. in Mühlhausen, werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, resp. das Bibliothekbuch an den Unterzeichneter abzuliefern.

H. Pieper, Wellingdorf b. Kiel, Schönbergerstr. 28b. **Offenbach a. M.** (Allg.) Sonntag, 9. Jan., Nachm. 4 Uhr, in der "Stadt Heidelberg", Weihnachtsfeier. Eintritt 20 S.

**Oldenburg.** Aufruf! Unterzeichneter ersucht diejenigen Mitglieder, welche sich 1897 zu Oldenburg haben aufnehmen lassen, um die Buchnummer und werthe Adresse. Aug. Weber, Bevolm., Offenerstr. 83a.

**Rosenheim.** Wir ersuchen um die Adresse des Metallarbeiters Heusel von Heilbrunn. Adresse: Gasthaus Weihenstephan.

**Stettin.** Am 3. Weihnachtsfeiertag, Abds. 6 Uhr, im Lokale des Herrn Kempfert, Berggüßgen. Die Ausgesperrten der Stettiner Fabrik haben freien Zutritt. Die Kollegen der anderen Zahlstellen sind freundlichst eingeladen.

**Würzburg.** Am 1. Weihnachtsfeiertag, bei Kollege Wirth, Petrusstr., Familienabend. — Am Sylvesterabend bei Hüllinger, Wollhafergasse.

**Zittau.** Am 31. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Hermanns, Sylvesterfeier.

**Privat-Anzeigen.**

Ich ersuche um Mittheilung des jetzigen Aufenthalts meines Bruders des Gürtlers Eugen Luber, geb. am 21. Dezember 1874 zu Nürnberg.

Leonhard Luber, Former, Halle a. S., Gartenstr. 7. 400]

Sofort ein tüchtiger Feilenhauer gesucht. Carl Scheidt, Feilenhauer, Hothausen b. Göttingen, Weiff. 401]

**Zinngießer gesucht.**

Ein tüchtiger Zinngießer, der eventuell auch einige leichtere Gürtlerarbeiten mit übernehmen kann, für dauernde und selbstständige Stellung gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen unter Chiffre Z. P. 65 an die Exp. [402]

Gesucht 1 tüchtiger Feilenhauer, Lohn 38 S pro Stunde.

Joh. Topolowsky, Feilenhauer und Schleiferei, Trier. 398]

Für die Leitung einer Metalldruckerei im badischen Schwarzwald wird zum sofortigen Eintritt eine tüchtige kaufmännische Kraft gesucht. Bewerber müssen selbstständig arbeiten können und repräsentationsfähig sein. Branchenkenntnisse unbedingt nötig. Offerten richten man unter Chiffre Z. 30 nebst Angabe der Gehaltsansprüche und des bisherigen Lebenslaufes an die Exp. ds. Bl. [395]